

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachbederbetrieben, in der Dachlosen- u. Steingeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Bager- und Gebäckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

ersch. wöchentlich Sonnabend. Monatsbezugspreis 1.- RM. (ohne Befreiung). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedländerstr. 5-6. Fernspr.: 2 7 8095/96 7650, 7651, 6240. Postfach. Berlin 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Bankstr. 1. Geschäftsanfragen nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11.

Wir klagen an!

Es ist eingetroffen, was wir gesagt haben. Die Notverordnung vom 5. Juni, die der Sicherung der Wirtschaft und der Finanzen dienen sollte, hat ihren Zweck nicht erfüllt, konnte ihn nicht erfüllen, weil die Regierung von falschen Voraussetzungen ausging. Es war auch — wie die Gewerkschaften ebenfalls vorausgesagt hatten — nicht die letzte Notverordnung, ja, auch die zuletzt erschienene wird nicht die letzte sein.

Der Abwehrkampf gegen die sozialpolitischen Belastungen — wenn er auch einstweilen wegen der bekannten politisch-wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Tage nicht für jedermann sichtbar ist — wird weitergeführt. Diese Abwehr hat in der Reichskanzlei ihren Niederschlag gefunden in zahlreichen Entschlüssen, Professen und Telegrammen, die der Reichsregierung aus Kreisen der werktätigen Bevölkerung und nicht zuletzt aus Bauarbeiterkreisen zugegangen sind. Wenn auch die Reichsregierung zur Zeit alle Hände voll zu tun hat, um den politisch von ihr und wirtschaftlich von den Kapitalisten und Goldschmüd verfahrenen Karren aus dem Dreck zu holen, so möchten wir ihr doch den dringenden Rat geben, die Stimme des Volkes, die nach einem bekannten Wort „Gottes Stimme“ sein soll, nicht zu überhören.

Die verhängnisvoll die Notverordnungspolitik der Reichsregierung in die sowie schon sehr herabgedrückte Lebenshaltung der Arbeiterschaft eingreift, ist von uns wiederholt dargelegt worden und wird auch den Herren in der Wilhelmstraße nicht unbekannt geblieben sein. Ein Volk, von dem vier Millionen arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen ohne Erwerb sind, eine Arbeiterschaft, die 10% und mehr Lohnabbau erdulden mußte, eine Bevölkerungsschicht, deren unfreiwillig Forderungen man die Unterfügungssätze im Grundlohn um 5%, in der Auszahlung aber bis zu 25% und mehr kürzt — von diesem Volk sind Worte der Erregung verständlich, wie sie beispielsweise den Regierungsmännern von unseren Kollegen aus Bonn zugerufen worden sind. Es heißt da, daß unersöhnlicher Haß gegen die verankerten Staatsmänner erzeugt werde, wenn nicht in kürzester Frist die Notverordnung geändert wird. Und dies harte Wort geht von einer Arbeitergruppe aus, die in ihrer großen Mehrheit zum republikanischen Staat steht! Die Regierung möge nicht glauben, es handle sich hier nur um ein in der Erregung gesprochenes Wort. Nein, es handelt sich hier um mehr, um eine in jeder Hinsicht berechtigete Empörung, deren Flammen eines Tages über die Firken des Reichshauses hinwegschlagen können, wenn die Verantwortlichen nicht fähig sind, die Situation richtig zu würdigen!

Eine Gruppe, die von der Geißel der Arbeitslosigkeit besonders hart geschlagen wird, ist die Bauarbeiterschaft. 55% Arbeitslose reichsdurchschnittlich in der „Hochsaison“, das ist eine Ziffer, die eine mehr als bededte Sprache auch für den reden sollte, der geneigt ist, auch dies auf die leichte Schulfur zu nehmen. Und es gibt Gegenden in Deutschland, wie beispielsweise Dresden, wo 60%, Breslau, wo 75% der Bauarbeiter arbeitslos sind; deshalb arbeitslos, weil eine schwache Regierung nichts Entscheidendes gegen die Arbeitslosigkeit tut, und die es geschehen läßt, daß Millionen Familien die wirtschaftliche Existenz niedergerissen wird. Reichspräsident und Reichsregierung tun das Gegenteil von dem, was getan werden mußte, sie beschneiden den Arbeitslosen die Unterstützung noch mehr, indem sie die Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung von 26 Wochen auf 20 Wochen herabsetzen und den Bauarbeitern überhaupt nur noch Krisenunterstützung geben. Das ist unfair, denn die

Arbeitslosen haben einen wohlbegründeten Anspruch auf das, was die Gesetzgebung geschaffen hat. Was Wunder, daß angesichts solcher „Sozialpolitik“ aus dem Waldenburger Sungenland das Echo in dieser Weise klingt. Dort sagen die Kollegen, das Gefühl der ungleichmäßigen Behandlung sei jetzt bei ihnen geschwunden, aber dafür haben sie jetzt das Gefühl, deshalb bestraft zu werden, weil sie Bauarbeiter sind. Solche und ähnliche harten, aber durchaus berechtigten Worte bringen in Entschlüssen tausendfach zu uns; wir möchten nur hoffen, daß sie auch in den Regierungsstuben gehört werden. Und dies um so mehr, als die bedrohlichen Anzeichen völligen Verfalls immer mehr steigen. Die Zahl der Arbeitslosen und von der Not Gepeinigten, die zur Wohlfahrt müssen, wird immer größer. Viele haben auch schon diese Station hinter sich. Viele Gemeinden können auch hierfür nicht mehr die Unterfügungssummen aufbringen. Wo soll es hergenommen werden? So sind beispielsweise in Essen 40% unserer Mitglieder auf Wohlfahrtsunterfügung angewiesen, weil sie in der Arbeitslosenversicherung keine zwanzigwöchige Anwartschaft erwerben konnten.

Solange die Ursachen dieser Katastrophe nicht beseitigt sind, wird sich auch der Sturm der Entrüstung nicht legen; die im höchsten Maße ungerechte Notverordnung hat das Maß des für möglich und glaubhaft Gehaltene überschritten. Sie ist keine Verordnung gegen, sondern für die Not. Und es wird auch nicht nur bei dem Entrüstungsturm bleiben; es ist nicht zu viel gesagt, daß die Lage hier ernst ist. Es ist leicht möglich, daß der Bürgerkrieg unter solchen Umständen kein bloßer Begriff mehr bleibt. Dann aber wehe Deutschland!

Noch mancherlei gibt es, was die Empörung zur Siedehitze steigert, nicht zuletzt die Tatsache, daß dieselbe Regierung, die den Armen der Armen Lebensnotwendiges nimmt, denen, die noch immer reichlich haben, aus demselben Säckel nach wie vor fette und festeste Pensionen zahlt, zum Teil an Leute, von denen schon manchem seiner staatsmoralischen Unwürdigkeit wegen längst die Pension hätte entzogen werden müssen. Aber hier klingt es anders! Hier handelt es sich plötzlich um „rechtmäßig erworbene Ansprüche“, vor denen Haß und Ehrenbezeugung gemacht wird von allen Leuten, die auf dem Boden der dreimal geheiligten und jetzt so sehr erschütterten Privatwirtschaft stehen. Wir haben militärische Großpensionäre, Kriegsverlierer, deren Bezüge nicht nur hundertfach die Höhe der höchsten Arbeitslosenunterfügung und der höchsten Sozialrenten übersteigen, sondern weit über das hinausgehen, was ihre Kollegen in den Siegerstaaten beziehen. Das ist ein Skandal ganz besonderer Art, für den man einen besonderen Staatsgerichtshof schaffen müßte, um eine Sätte zu haben, wo diese Klagen anhängig gemacht werden können. Man sagt, die Herabsetzung dieser hohen Pensionen bedürfe einer Verfassungsänderung. Nun wohl, möge man endlich an diese Verfassungsänderung herangehen, dann wird sich um so deutlicher zeigen, wo die Feinde des Volkes sitzen! Der Reichsarbeitsminister hat sich aufs Bitten verlegt; er hat die Großpensionäre durch Einschreibebriefe gebeten, freiwillig eine Kürzung ihrer hohen Bezüge zu gestatten, er hat auch öffentlich erklärt, die Namen dieser Angenehmer der Republik, die vielfach auch noch deren Feinde sind, veröffentlicht zu wollen. Er wird es nicht tun. Jedoch wenn man schon Namen veröffentlichten will, dann bitte nicht die Namen der Verdienstleistenden, sondern die Namen derer und ihrer fetten Einkünfte dazu, die auf ihre angeblich „wohl-erworbenen Ansprüche“ auch nicht einmal zu einem Teil verzichten wollen. Die Veröffentlichung ist not-

wendig, um die „Vaterlandsliebe“ dieser Patent- und Prozentpatrioten, die sich mit Vorliebe „streng national“ nennen, in diesen Zeiten höchster Reichsnöge während anprangern zu können!

Der Staatsanwalt hätte in Deutschland Hochkonjunktur, wenn Recht und Gerechtigkeit das Grundgesetz deutschen Handelns wären. Das, was das deutsche Volk in diesen Tagen durchlebt, ist nicht nur das Ergebnis des völligen Verfalls der Privatwirtschaft, sondern auch das Ergebnis einer verbrecherisch geleiteten, mit dem Wohl des Volkes spielenden Wirtschaftsführung. Mit den Gebrüdern Lahusen in Bremen begann dieser vorläufig letzte Abschnitt der deutschen Wirtschaftskrise. In einem Augenblick, wo durch den Hoover-Plan dem Reichshaushalt der deutschen Volkswirtschaft 1,7 Milliarden Mark erhalten bleiben, stehen die Kapitalisten-Wollkammerer am Ende ihrer Wirtschaftspolitik; es stellt sich heraus, daß sie die deutsche Volkswirtschaft um hunderte Millionen geschöpft haben. Das Vertrauen des Auslandes schwankt trotz Hoover mehr und mehr, ungeheure Summen ausländischer Kredite wurden abgezogen. Und der Zusammenbruch der Danabank, nicht zuletzt auch infolge des Zusammenbruchs der Bremer Wollkammerer, war die weitere Folge. Ein als hervorragend angesehenen Finanzmann, Jakob Goldschmidt, ein Mann mit viel Temperament und Reichsinn, aber ohne eigentlichen wirtschaftlichen Tiefblick, hat damit eines der größten Bankunternehmen an den Rand des Abgrundes gebracht. Dieser Bankkrach drohte die gesamte Wirtschaft mit in den Strudel zu reißen; deshalb mußte das Reich einspringen. Die Privatwirtschaft hat eine ihrer größten Pleiten erlebt. Die Losbinger der freien Wirtschaft haben damit eins auf ihre große und heillose Klappe bekommen, wie man es nicht besser wünschen kann. Trotzdem werden sie nicht verstummen und für all dies Unheil nicht sich, sondern den „Marxismus“ verantwortlich machen nach dem Rezept: Freiheit, du siegst!

Jetzt ergeht die Mahnung: Nerven behalten! Diese Mahnung geht heute besonders von jenen aus, die immer nur dann Nerven haben, wenn es darum geht, der werktätigen Bevölkerung das Fell über die Ohren zu ziehen. Diese Kreise haben keinerlei Recht, diese an sich richtige Mahnung zu erheben. Selbstverständlich wäre es falsch, wenn man in dieser schweren Situation die Nerven verlieren würde. Kaltes Blut müssen wir bewahren, auch wenn wir mit innerer Empörung protestieren. Kaltes Blut müssen wir auch bewahren, wenn wir Anklage erheben. Wir klagen Regierung und „Wirtschaftsführer“ an, für die Dinge, die sich nun ereignet haben, nicht das nötige Augenmaß besitzen und nicht rechtzeitig jene Maßnahmen ergriffen zu haben, die notwendig waren, um weiteres Massenleiden zu verhindern. Wir klagen die Regierung an, weil sie der teilweise verlotterten Privatwirtschaft trotz all unserer Mahnungen nicht auf die Finger gesehen und außerdem die Interessen der Werktätigen auf das empfindlichste verletzt hat! Das Steuer der Wirtschaft und der Regierung muß nach links herumgerissen werden! Diese Notwendigkeit zu erkennen, muß die allererste Schlussfolgerung aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch unserer Lage sein. Ob sie wollen oder nicht: eine Abkehr von der berüchtigten freien Wirtschaft ist notwendig, sie wird eines Tages eingeleitet werden müssen! Je früher dies geschieht, desto besser! Kaltes Blut müssen aber auch die Arbeiter bewahren, um ihre Organisationen unverfehrt in diese Zeit hinüberzubringen. Sie werden der Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Gesundung und des Wohlstandes des deutschen Volkes sein!

Für die innere und äußere Stärkung des Bundes!

(Praktische Überlegungen über Verschmelzungen von Baugewerkschaften.)

Von Nikolaus Bernhard.

Die schlechte Bauwirtschaftslage zwingt zu der Fragestellung, ob nicht die eine oder andere räumlich und an Mitgliedern kleine Baugewerkschaft besser fütze, wenn sie sich an die benachbarte größere Baugewerkschaft, die ein Büro mit einem Angestellten unterhält, anschließen würde. Oftmals muß der Angestellte der Nachbarbaugewerkschaft über die ehrenamtlich verwaltete Baugewerkschaft hinaus, um in die entlegensten Zahlstellen und Arbeitsorte seines Gebietes zu gelangen. In nicht wenigen Fällen muß auch der Angestellte die Mitglieder anderer Baugewerkschaften, die in seinem Arbeitsgebiet Differenzen mit den Unternehmern, Bauherren oder Behörden haben, als Anwalt vertreten. Es ist ganz natürlich, daß sie von ihm ebenso betreut werden müssen wie seine eigenen Mitglieder. Unter solchen Umständen ist es aber nicht zu verstehen, daß kleine Baugewerkschaften, die im Aktionsradius von Baugewerkschaften mit Angestellten liegen und daher wohl oder übel teilweise und besonders in schwierigen Situationen von einem Angestellten bearbeitet werden müssen, ihre Selbstständigkeit noch aufrechterhalten wollen. Gewiß, es gibt zahlreiche ehrenamtlich verwaltete Baugewerkschaften, die sowohl die Kassenegelegenheit, die Einbeziehung der Beiträge, die Regelung von Differenzen mit den Unternehmern und auch das Versammlungswesen ohne Aufschlag führen. Vor diesen Baugewerkschaften tut aber leider auch die überaus häufige Verschmelzung, die ein geordnetes Eigenleben überhaupt nicht zu führen verstehen, bei denen keine vernünftige Versammlung zustande kommt und die auch sonst einen Scheitern dulden, der sich nachteilig für jedes einzelne Mitglied auswirkt.

Immer haben wir Wert darauf gelegt, daß der Zusammenschluß von Baugewerkschaften in freiwilliger Entscheidung geschah. Es gab allerdings auch schon Fälle, wo wir, gestützt auf die Bundesratsbeschlüsse, die letzte Entscheidung treffen mußten. Aber auch in diesen wie in den freiwilligen Verschmelzungen von Baugewerkschaften hat der Zusammenschluß der Organisation restlos Vorteile gebracht.

Wie die Dinge allgemein zu sehen sind, haben ich in den folgenden Zeilen zu umschreiben versucht, ich wünsche gern, daß die Baugewerkschaftsvorstände, die es besonders angeht, mit Aufmerksamkeit das Nachfolgende lesen und sich auch gegen eine etwaige Opposition in ihrer Mitgliedschaft nicht scheuen, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die Beschlüsse werden ihnen gern mit Rat beistehen und für den einzelnen Fall meine Ausführungen erläutern und noch ergänzen.

Geordnete Verwaltung.

Man sagt, Ordnung sei halbes Leben. So ist es. Was im Privatleben gilt, gilt noch mehr im Leben unserer Organisation. Die Zahlung der Beitragsmarken, die Einziehung der Beiträge, die Verwaltung der eingenommenen Gelder, die Entgegennahme von Unterfüßungsanträgen, die Auszahlung der Unterfüßungen und die Besorgung von Unterfüßungsanträgen beim Bundesvorstand — diese Arbeiten allein erfordern in jeder Baugewerkschaft eine gewisse Umsicht, Ehrlichkeit und Ordnungsliebe. Je schneller diese Organisationsarbeiten erledigt werden können, um so besser wird den einzelnen Mitgliedern gedient, um so weniger wird Vergernis erzeugt. Daneben gibt es sehr viele andere Organisationsarbeiten, die man unter dem Begriff *Verwaltung* bringen kann. Da ist die Entgegennahme von besonderen Unterfüßungsanträgen, von Hilfeleistungen in privaten Angelegenheiten, die Rechtsförmung, da ist die persönliche Abrechnung mit den entfernteren wohnenden Zahlstellenhelferinnen. Nicht zu vergessen die Führung der Mitgliederkartei, vor allem die ordnungsgemäße Führung des Kassabuches, eine gute Ordnung der Bibliothek, die Regelung des Herbergswesens im Zusammenhang mit der Wanderunterstützung und schließlich die Erledigung der gefamten Korrespondenz mit den einzelnen Mitgliedern, Vertrauensleuten, Bundesinstanzen, Unternehmern und Behörden der verschiedenen Art.

Sitzung und Erziehung der Mitglieder.

Unsere Verwaltungsarbeit wird ohne weiteres erleichtert auf die Mitglieder wirken. Das gute Beispiel wird zwar nicht immer so schnell nachgeahmt als das böse, aber es wirkt vertrauensverweckend, es wirkt organisationsstärkend und damit erleichtert sich die Tätigkeit des Verwaltungsbeamten von selbst. Es ist viel einfacher, die Mitglieder zu gewinnen, als sie zu halten. Dies setzt voraus, daß die Mitglieder vom Wert der Organisation überzeugt werden. Das erfordert ständige Aufklärungsarbeit. Die muß planmäßig, systematisch betrieben werden. Die regelmäßigen Versammlungen sind ebenso die Sitzungen der Baubelegierten, der sonstigen Vertrauensleute und des Vorstandes. Die Versammlungen dürfen sich nicht nur mit Mitgliedschaften beschäftigen, es darf nicht der Punkt Verschiedenes den ganzen Abend beherrschen. Vorträge über große Zeitfragen und über grundsätzliche Gewerkschafts-, Wirtschafts- und politische Fragen der verschiedensten Art müssen gehalten werden, um so die Mitglieder für regen Versammlungsbesuch zu gewinnen, das Klaffen- und Selbstbewußtsein zu stärken, die Kameradschaft zu pflegen und dadurch die Organisation innerlich stark zu machen. — All diese Arbeiten können die ehrenamtlichen Funktionäre nur in den seltensten Fällen und bei größter Hingabe ausführen. Es fehlt ihnen einfach die Zeit.

Arbeits mit den Behörden und den Unternehmern.

Unsere Einstellung zum Staat ist heute positiv. Wir sind zwar mit ihm nicht zufrieden, wir wollen ihn ausbauen. Es gilt noch viel zu bessern. Wir haben nicht nur das Recht Kritik zu üben, sondern in allen Institutionen bestrebt mitzuwirken. Nur wenn man in einer Sache selbst mit Hand anlegt, kann man eine Verbesserung fordern. Diese Aufgabe verlangt von uns also gebietend Mitarbeit. Ganz gleich, welche staatliche oder kommunale Körperschaft es ist, ganz gleich, ob es die Baubelegte oder Verwaltung ist, aberall müssen wir hinein, unsere Rechte verteidigen und neue Rechte erobert. Lassen wir die wirtschaftlichen und politischen Gegner unter sich, dann werden die Gesetze nicht erfüllt, sondern sie gehen ungenutzt und mehr verschlimmert. Das beste Gesetz kann durch einen reaktionären Verwaltungsbeamten für die Arbeiterschaft zur Pflanze werden; viel ist hier 1913 und kurz danach verfaßt worden. In allen

Stellen der Sozialversicherung, des Arbeiterschutzes, in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter, in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbeamten oder mit den örtlichen städtischen Bankkontrollen, in den Arbeitsgerichtsbehörden, Krankenkassen, Versicherungsämtern und schließlich in den Gemeindeparlamenten und Kreisparlamenten, überall müssen unsere Funktionäre die Interessen der Mitglieder vertreten, wo es gilt, Liebes abzumehren und Vorurteilen zu erliegen. Besonders großes Gewicht müssen wir darauf legen, daß Vertreter der Bauarbeiterschaft in den Gemeindebehörden mitarbeiten. Denken wir nur allein an die Vergütung von Bauarbeit (die Gemeinden sind große Bauherren) und an Tarifarbeiten, an die Tätigkeit in den Bauämtern und Wohlfahrtsämtern. Dadurch verschaffen sich die Angestellten persönlich und aber auch der Organisation Einfluß, und je größer der Einfluß der Organisation, um so erfolgreicher können wir für die Mitglieder arbeiten und das hat wieder die Folge, daß sich die Angelegenheit der Organisation festigt.

Angemessenheit wichtig ist die Erledigung der Differenzen mit den Unternehmern oder ihren Vertretern sowie die Arbeit in den Tarifinstanzen. Ob es Schlichtungskommissionen oder Tarifamt ist, ob es ein persönlicher Meinungsaustausch mit einem Unternehmer oder seinem Vertreter ist, je rascher die Differenz erledigt wird, je eher also das Mitglied zu seinem Recht kommt, um so günstiger wird das Mitglied die Tätigkeit des Organisationsvertreters beurteilen. Der ehrenamtliche Funktionär, der tagsüber in Arbeit steht, kann diese Arbeit nicht nach Feierabend, die vielleicht

Unsere Juli-Erhebung

In der Woche vom 27. Juli bis zum 1. August

Kollegen, stellt euch eurem Baugewerkschaftsvorstand, wo er eurer Hilfe für die Juli-Statistik bedarf, zur Verfügung!

Wirkt auf euren Arbeitsplätzen für gewissenhafte Beantwortung der Umfragen!

Gebt den Zählern bereitwilligst Auskunft und seid ihnen bei dieser wichtigen Bundesarbeit nach Kräften behilflich!

In dem Hinweis auf Seite 32 des Marktblattes Nr. 7/31 beruhen die dort angegebenen Daten auf einem Druckfehler. Die Juli-Erhebung wird wie vorstehend angegeben in der Woche vom 27. Juli bis zum 1. August durchgeführt.

melbst von seinem Wohn- und Arbeitsort legt, ausführen. Er verleiht so die Erledigung und schon dieses Verstummen kann den Erfolg gefährden, die Mitglieder verzögern. Ich erinnere nur an die Einhaltung der Fristen bei Klagen sowohl vor Tarifinstanzen als auch vor Arbeitsgerichten und sonstigen Stellen. Der Angestellte kann, wenn er angeregt wird, sofort die Punkte aufsuchen, wo irgendwelche Differenz in Ordnung war oder wo sich eine plötzliche Differenz ergeben hat. Er hat gleichzeitig die Möglichkeit, die Kollegen an der Stelle, an der sich die Differenz ereignet hat, zu ermahnen und es ist ihm dadurch möglich, sich besser in eine Sache hineinzuversetzen, er kann auch die Berechtigung oder Nichtberechtigung einer Beschwerde eher feststellen.

Der Angestellte ist — und das ist die Hauptsache — unabhängig sowohl von den Behörden, als auch von den Unternehmern. Er hat nicht zu befürchten, entlassen zu werden; für ihn gibt es keine Nachregelung, wenn er ein hartes, aber passendes Wort ausspricht, wenn er die Interessen des beschwerdeführenden Kollegen rücksichtslos verteidigt. Ihm kann also nicht passieren, er ist geschützt durch die Organisation. Er braucht nicht daran zu denken, beim Unternehmer in wenigen Wochen oder Monaten einmal wieder anknöpfen und um Arbeit bitten zu müssen. Der Angestellte kommt nicht als Mitarbeiter, sondern als Förderer, als Kläger und Anwalt seiner Mitglieder zum Unternehmer. Er kann sich im besten Maße als Gleichberechtigter fühlen. Sein Rückgrat braucht sich nicht zu beugen.

Der Angestellte kann sich aber auch dadurch, daß er diese Arbeiten ständig betreibt und die in Betracht kommende Literatur verfolgt, viel besser und schneller in jeden Einzelfall hineinversetzen, ihm werden die Dinge geläufiger und dadurch erledigen sie sich von selbst rascher, als wenn ein Kollege, der nur dann und wann eine Differenz zu sichten, eine Klage zu führen hat, die Sache anpackt. Besonders trifft dies auf die Durchführung unerer Tarifverträge, des Lehrlingsrechts, für die Arbeitsgerichtsklagen, für die Klagen vor den Spruchinstanzen der Sozialversicherung usw. zu.

Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Arbeiterbewegung und Werbetätigkeit.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaften im Ortsauschuß des BDB, die Tätigkeit in der Partei und im Reichsbanner, in der Volksfürsorge, in den Konsumvereinen, mit der Filiale der Arbeiterbank, mit Wohnungsgenossenschaften und besonders mit den Geschäftsführungen der Bauhütten, ist ganz besonders wichtig für unsere Bundesarbeit. Der Angestellte wird mit den Angestellten anderer Gewerkschaften, der Partei, des Konsumvereins usw. dann und wann eine Aussprache haben über die Lageverhältnisse und die Handhabung der Geschäfte. Dadurch lernt er für seine eigene Arbeit, er kann aber auch persönlichen Nutzen ziehen, wenn er in guter Kameradschaft mit den anderen Gewerkschaftsfunktionären zusammenkommt. Dadurch wird sich der Einfluß unseres Bundes im Arbeiterbewegung verstärken. Nur so ist es auch möglich, den großen Baugewerkschaftsbund zu schaffen. Die anderen, die zu uns kommen wollen, müssen überzeugt sein, daß sie es bei uns gut haben, daß der richtige Gewerkschaftsaffekt bei uns zu Hause ist. Erste Voraussetzung dazu ist die Schaffung eines persönlichen Vertrauensverhältnisses.

Wesentlich ist der Kampf mit den generellen Gewerkschaften. Das Wichtigste für uns ist aber immer noch die Werbetätigkeit auf den Baustellen. Auch

die Hausagitation, auf den Dörfern an den Sonntagen die Kollegen aufzusuchen, sie zusammenzuführen zu Versammlungen, sollten wir nicht vernachlässigen. Hierbei sind natürlich auch bei vielen anderen Arbeiten müssen die ehrenamtlichen Funktionäre ständig mitarbeiten, denn nicht alle anfallenden Arbeiten allein bewältigen können. Er braucht Mitarbeiter. Die schwierigste und verantwortliche Arbeit leistet er. Aber der Bau des Bundes ruht auf dem Granit der Ehrlichkeit, der Hingabe und selbstlosigen Pflichterfüllung seiner etwa zwanzigtausend unteren Funktionäre: Baubelegte, Hilfsarbeiter, Fachgruppen- und Zahlstellenobleute und all der namenlosen und mit offtem Opfer- und Bekennernut wirkenden Mitglieder. Sie alle müssen mitwirken. Eine besondere Stütze für den Angestellten der Baugewerkschaften und Bezirksleiter erwarten wir — wohl mit Recht — von den Funktionären, die unsere Funktionärskurse besucht haben. Der Schulbesuch verpflichtet, ob sie noch zu den Jugendlichen zählen oder erwachsenen Mitgliedern sind. Wir hören im allgemeinen von ihnen zu wenig. Sie müssen mehr aus sich herausgehen. Wir sollten sie nicht hüten müssen, denn die Baugewerkschaft muß ein besserer sein. Nicht jetzt ist das Ziel. Die gegenwärtige Zeit verträgt wahrhaftig keine Funktionäre mit Schlafmühen. — Die Arbeit unserer Vertrauensleute auf den Baustellen ausreichend unterstützen, das kann doch nur der Angestellte durch seinen ständigen Besuch, ob vor Beginn der Arbeit, während der Frühstückspause, während der Mittagspause oder nach Feierabend. Er hat die Möglichkeit, die Kollegen zur Arbeit und von der Arbeit zu begleiten, sie in den Kaffeestuben aufzusuchen. Es gibt für den Angestellten fast überall keine Schranke in der Zahlungsbefugnis mit Unterorganisierten oder falsch Organisierten. Haben wir ein Büro mit einem Angestellten, dann darf natürlich der Angestellte nicht im Büro sitzen bleiben und warten, bis der Organisationsbeamte kommt, um der Prophet muß zum Berge kommen! Und wenn der Angestellte die Baustellen besucht, dann wird er unsere Vertrauensleute häufig können in ihrem Kampf gegen die Organisationsfeinde. Der Angestellte kann die Schwankenden und Lauen in der Organisation fügen und die Zweifelnden aufklären. Dadurch ist es möglich, daß die Kollegen bei einer Willkürde des Unternehmers, bei einem Bruch des Vertrages sich gar keine andere Hilfe denken können, als sofort den Angestellten zu rufen. Aber bitte nicht bei jeder Kleinigkeit, etwa zur Aufnahme eines neuen Mitgliedes den Angestellten rufen! Zunächst muß es heißen: Selbst ist der Mann!

Der richtige Mann.

Gesbterverständnis müssen wir im Angestellten den richtigen Mann gefunden haben. Er muß sich als ehrenamtlicher Vertrauensmann vorher bewährt haben, wir müssen ihn kennen. Sein Opfermut, seine Grundgesinnung muß uns bekannt sein, denn der Angestellte darf keine Stellung im Bund nicht als ein Gefäß betrachten. In einer Zeit muß der Angestellte bei seiner Arbeit sein, das Herz muß mit sprechen. Unermüdet muß er tätig sein. Er darf keine Überforderung, keine Nacharbeit, keine Einnahme erheischen; er darf nicht fragen, was bekommt er dafür. Der Angestellte ist zwar mit seinem Gehalt nicht auf Kosten geworfen, seine Mitglieder benehmen sich ihm gegenüber oft sehr schlecht als sie es selbst vom ruppigsten Unternehmer gewohnt sind. Bei jeder Gelegenheit noch ein: Der Angestellte ist nicht Schutzbuhner der Mitgliedschaft, er ist der erste Vertrauensmann und muß darauf bedacht sein, in der Öffentlichkeit *Ausehen* zu machen. Wer das untergräbt, schädigt mit der Person des Angestellten auch gleichzeitig die Organisation. Aber er hat doch keine direkten Vorgesetzten, seine Familie kennt keine täglichen Nahrungsorgen. Das macht ihn innerlich freier und kampffähiger. Seine Leben, seine Kraft gehört der großen Gewerkschaftsfamilie, dem Bund. Sein ganzes Sein muß er dem Bund zur Verfügung stellen. Er muß mit den Kollegen verkehren können, einen hochbegabten Menschen, einen Arbeiter kann man nicht gebrauchen. Er muß das Leben leben und es nehmen wie es ist, er muß hängen Kollegen erziehen müssen, aber er muß schon alle nehmen, wie sie sind. Er muß mit ihnen leben! Nur so paart sich Vertrauen mit Vertrauen. Daß der Angestellte natürlich ein wahrheitsliebender, ehrlicher Mensch sein muß, versteht sich von selbst. Er soll auch lernbegierig sein, er soll den Ehrgeiz haben, sich immer mehr Wissen anzueignen. Er muß das Streben haben, etwas zu gelten; damit dient er nicht nur sich persönlich, sondern auch seiner Organisationsarbeit. Viel liegt an der Person. Der richtige Mann an rechten Ort kann viel Gutes schaffen, der falsche Mann viel verderben.

Der Sitz der Baugewerkschaft.

Selbstverständlich muß der Baugewerkschaftsvorort zentral gelegen sein. Straßenförmig von ihm aus müssen die Wege gehen zu den Zahlstellen und Arbeitsorten. Besonders wichtig ist, daß der Ort nicht der kleinste ist im Baugewerkschaftsgebiet, daß in dem Ort geistiges Leben pulsiert, damit der Angestellte nicht verfaulert, daß die Arbeiterbewegung allgemein etwas bedeutet in dem Ort, daß eine Arbeiterpresse vorhanden ist, die der Angestellte als Sprachrohr seiner Organisation benutzen kann. Wesentlich ist, daß die unteren Verwaltungsbehörden am Baugewerkschaftsvorort ihren Sitz haben. Ob es nun eine Kreisregierung ist, ein Bezirks- oder Landratsamt, der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes oder Landesarbeitsamtes, Arbeitsgericht, Innung, Handwerkskammer, Handelskammer — je mehr Behörden an seinem Wohnort, um so leichter wird er seine Arbeit leisten können, um so schneller werden Beschwerden erledigt. Das gleiche gilt bezüglich des Verkehrs mit den Unternehmern. Wenn die Büros der Arbeitgeberverbände auch am selben Ort sind, wird sich im Einvernehmen mit den befalligen Gewerkschaften telefonisch oder persönlich mit der Leitung der Unternehmerverbände manche plötzlich auftauchende Differenz sofort sichten oder ihre stärkere Ausbreitung verhindern lassen.

Wer diese Gründe für die Verschmelzung kleiner Baugewerkschaften zu einer großen, für die Erledigung eines Büros und Anstellung eines Kollegen durchdenkt, wird mit mir einig sein, daß dabei die Organisation nur gewinnen kann, weil die Interessen der Kollegen so am besten gewahrt werden!

Aufklärungszug unseres Bundes.

In den Monaten Juni und Juli hat unser Bund zahlreichere Versammlungen abgehalten, in denen Stellung genommen wurde zur Gesamtlage der Wirtschaft und des Staates sowie zur Bundesarbeit. Diese Aussprache in Mitgliederkreisen und das Beraten über Maßnahmen, die geeignet sein könnten, zur Überwindung der Wirtschaftskrisis beizutragen, waren — wie auch der Verlauf der Versammlungen bestätigte — eine zwingende Notwendigkeit.

Langanhaltende Erwerbslosigkeit lockert oft die Verbindung der Mitglieder mit der Organisation und läßt sie mitunter völlig bei noch nicht sehr überzeugten Mitgliedern. Große Not macht mutlos und verblüfft, sie schafft Anhänger für Splitterorganisationen links- und rechtsradikaler Gewerkschaftsfeinde. Die Gewerkschaften können deshalb besonders in Notzeiten nicht ihre Werbetätigkeit auf die Aufklärung von Unorganisierten beschränken, sondern müssen sich mehr als sonst bemühen, die Organisationsstreue ihrer Mitglieder zu befestigen. Nichts ist besser geeignet, Unstimmigkeiten zu klären, Verwirrungen zu lösen, die menschlichen Beziehungen zwischen Mitgliedern und Funktionären enger zu gestalten, das Vertrauen der Mitglieder zur Organisation zu stärken, als die mündliche Redeweise der Organisation, die ihre Arbeit, Mängel, Aufklärung, offene, rückhaltlose Aussprache von Mann zu Mann und von Mann zu Mann. Aufklärungsvorlesungen sind besonders in Krisenzeiten ein dringliches Erfordernis, um die wirkungsvollste Waffe der Arbeiter, ihre Organisation, zu erhalten.

Diese Gründe für eine umfassende mündliche Führungsnahme zwischen Organisationsleitung und Mitgliedern gelten verflärt für unseren Bund. Die Wirtschaftskrise hat sich im Baugewerbe zu einer Sonderkrise ausgeweitet. Seit Beginn des Vorjahres hat sie ein geradezu katastrophales Ausmaß angenommen. Waren im Jahre 1930 47,57% der Bundesmitglieder ohne Arbeit, so droht in diesem Jahre der Anteil noch größer zu werden. Zu den unerträglichen Auswirkungen der Krise auf dem Arbeitsmarkt kommen die steuer- und sozialrechtlichen Verschärfungen mit ihren Sonderbelastungen für die Bauarbeiter, die bei uns das Hauptverdienst ausmachen, hinzu. Innerhalb der Anknüpfung weiterer sozialrechtlicher Reformen, die zunehmende Kreditkrise der deutschen Wirtschaft, die alles in allem die gewerkschaftliche und politische Kampfkraft hemmen, was auch kampferprobte Mitglieder unsicher werden ließ, aber die Verstärkung und die Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte unseres Bundes doppelt notwendig macht.

Die Notwendigkeit dieser Erkenntnis allgemein gefördert zu haben, ist — das darf vorweg genommen werden — eines der wichtigsten Ergebnisse der mündlichen Aufklärungsaktion. Die Versammlungen waren — von geringen Ausnahmen abgesehen — allgemein besser besucht, als regelmäßige Mitgliederversammlungen. Die Beteiligung betrug in den einzelnen Baugewerkschaften und Zahlstellen bis zu 75% der Mitgliederzahl. Obwohl der Versammlungsbesuch hauptsächlich in einigen Gebieten, schon wegen der Wichtigkeit der zu behandelnden Fragen, besser sein konnte. Wo etwa organisierte Mannschaften Versammlungsbesuch ungenügend beeinträchtigt haben sollten, wird mit den Verantwortlichen noch ein ernstes Wort zu sprechen sein. Bei Berücksichtigung der großen Not und der Scheu vieler Mitglieder, ohne etwas verprochen zu können im Versammlungsort zu sitzen, sowie bei Berücksichtigung der von links- und rechtsradikalen Gewerkschaftsgegnern betriebenen Hege und der dadurch bei noch nicht sehr überzeugten Mitgliedern hervorgerufenen Mutilosigkeit, darf allgemein der Versammlungsbesuch als durchaus befriedigend gewertet werden.

In den ländlichen Gebieten war der Versammlungsbesuch wegen der Feldarbeiten etwas schwächer als in den städtischen Baugewerkschaften oder in den Industriegebieten. Auch hat die große Arbeitslosigkeit den Besuch auf dem flachen Land stärker benachteiligt, weil die arbeitenden Mitglieder nicht wie ihre arbeitenden Kollegen die Versammlungen unmittelbar von der Arbeitsstelle aus besuchen können, sondern vielfach erst weite Wegstrecken zurücklegen müssen. Demgegenüber tritt in einigen städtischen Baugewerkschaften (zum Beispiel in Provinz und Freistaat Sachsen und in Rheinland-Westfalen) der Versammlungsbesuch unter den Auswirkungen der früheren Tätigkeit einiger Arbeiter und „Bauerredner“, die mit ihren Tiraden und ihrem gewerkschaftsfeindlichen Verhalten anderen Kollegen den regelmäßigen Versammlungsbesuch verleideten. Wo die Versammlungen sehr schwach besucht waren, sind sie auch manchmal mangelhaft vorbereitet gewesen, oder ungenügende Witterung (Regenwetter) hat die Kollegen von der Teilnahme abgehalten.

Die Versammlungen gaben einen erschütternden Einblick in die leibliche und seelische Not der Bauarbeiter. In allen Landesteilen hat sich die Not zur unerträglichen Qual ausgeweitet und den stärksten Abwehrwillen ausgelöst. Wer aber von den linksradikalen Schapowskeln glaubte, diesen Abwehrwillen für unaufrichtige Geschäfte mißbrauchen zu können, hatte nicht mit dem gesunden Sinn der Bauarbeiter für reale Nachverhältnisse und auch nicht mit ihrem guten gewerkschaftlichen Geist gerechnet. Was die freigewerkschaftliche Bauarbeiterbewegung groß und stark gemacht hat, ist keine Zufallsbefestigung, kein leeres Strohhalm, sondern das klare Wissen um die Hilflosigkeit des einzelnen, das Wissen um die Macht, die von der Arbeiterklasse ausgeht werden kann, wenn sie als Einheit geschult, organisiert und verantwortungsbewußt geführt wird.

Diese Erkenntnis und das sichere Gefühl für das zurzeit Mögliche konnten bei der Masse der Bundesmitglieder trotz aller Verleumdungen und trotz linksradikaler Gewerkschaftsgegnerschaft nicht getrübt werden. Die noch nicht sehr überzeugten Mitglieder der Zahl der Organisationsmüden und Verunsicherten, wohl wurden mit der weiteren Vertiefung der Wirtschaftskrise und auch mit erprobten Mitgliedern leise Zweifel und Unruhe wach, doch ließ sich die überwältigende Mehrheit der Bundesmitglieder, die Kerntuppen unseres Bundes, in keine Mißtrauensstimmung gegenüber dem Bund und dessen Leitung bringen. Es war höchste Zeit, mit dem Wut von Zerschlagungen aufzuräumen, der an unsere Mitglieder heranzutragen worden ist. Was vielfach in den entlegenen ländlichen Gebieten aber auch vereinzelt in Industriegebieten unter unseren Mitgliedern an Lügen verbreitet worden ist, spottet jeder Beschreibung. In der

Versammlung einer ländlichen Baugewerkschaft im „hellen“ Saal mußte der vortragende Kollege sogar hören, Bränning sei Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Der feste Wille, sich über die gegenwärtigen Zustände zu verständigen, aufgeklärt zu werden, war fast in jeder Versammlung bestimmend. Ergeben war es, wie in den Versammlungen mit der offenen, rückhaltlosen Aussprache der Wirtschaftslage und der Arbeit unseres Bundes zur Mitberührung der Krise durch die vortragenden Kollegen die Mutilosigkeit immer mehr zugunsten der alten, festen gewerkschaftlichen Zuversicht wich.

So sind die Vorträge in fast allen Versammlungen aufmerksam angehört und sachlich besprochen worden. Daß in der Aussprache auch harte und raue Worte laut wurden, ist bei der großen Erbitterung über die langwierenden Notstände nur zu verständlich und schließlich ist eine Bauarbeiterversammlung kein Nadelnpenlonat. Entschieden bekämpft werden muß aber der Fatalismus, die Schicksals ergebenheit, mit der in einigen Gebieten ein Teil der Kollegen die Notstände hienehmen ohne unser Abwehrkampf zu unterstützen. Durch die geschwächte Kampfkraft der politischen und gewerkschaftlichen Organisation entmutigt, warten diese Kollegen unfähig die weitere Entwicklung ab. Die Baugewerkschaftsleitungen müssen hier mehr aufklärend wirken. Wo sie auf

14. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands

Vierter Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Montag, den 31. August 1931, im Palmengarten-Restaurant Frankfurt a. M.

Tagessordnung:

1. Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Bundesvorstandes (Berichterstatler: Th. Leipart, Bundesvorsitzender).
3. Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die Vierzigstundenswoche (Berichterstatler: Prof. Dr. Lederer, Heidelberg).
4. Öffentliche und private Wirtschaft (Berichterstatler: Oberbürgermeister Brauer, Altona).
5. Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts (Berichterstatler: Bundessekretär Nörpel).
6. Anfragen zu den Bundesstatuten.
7. Wahl des Bundesvorstandes.
8. Erledigung sonstiger Anträge.

Die Verhandlungen beginnen vormittags 9 Uhr.

Berlin, 14. Juli 1931.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Th. Leipart.

diesem Gebiete nichts unversucht lassen, war in den Versammlungen auch ein ernstes geistiges Auseinandergehen mit den aufgelegten Problemen festzustellen und Verständnis zu finden für die Arbeit des Bundes. Den Anregungen verbitterter Unüberlegter, es müsse alles auf eine Karte gesetzt werden, weil „man nichts mehr zu verlieren“ habe, wurde entgegengehalten, daß die zweite Aufgabe der Gewerkschaften, die Rettung der Wirtschaft, verwirklicht werden müsse. Ein großer Teil der Aussprache beschäftigte sich mit der Rotterordnung. Einmütig und heftig wurde gegen die erneute Belastung protestiert, die besonders die Bauarbeiter trifft. In Protestlegationen und -entscheidungen wurde von der Reichsregierung Abmilderung dieser unerträglichen Neubeschlagung gefordert. Die Regierung sollte den Ernst der Lage nicht verkennen! Was in den Protesten an Erbitterung und Abwehrwillen zum Ausdruck kommt, ist aus der klaren Erkenntnis hervorgegangen, daß die Belastung einfach unerträglich ist.

Erhebend und erschütternd zugleich waren die vielen ersten Bemühungen, Möglichkeiten für eine ausreichende Arbeitsbeschaffung aufzuzeigen. Die Frage der Arbeitsbeschaffung stand in jeder Versammlung im Mittelpunkt der Aussprache. Immer wieder wurde die Verstärkung der Bauwirtschaft durch die Verwendung der gefamten Hauszinssteuer für den Wohnungsbau gefordert und gesetzliche Maßnahmen verlangt gegen die Kapitalflucht, gegen die hohen Zinssätze und gegen die überhöhten Baukosten- und Bodenpreise. Der Forderung einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit wurde fast überall zugestimmt und der Bund beauftragt, nach besten Kräften um einen gerechten Lohnausgleich bemüht zu sein. — Erfreulich sachlich war auch die Aussprache über die Notwendigkeit, die Unterfühlungsleistungen des Bundes einzuschränken. Ueberall waren die Kollegen mit dem festen Willen des Bundesvorstandes einig an dem bewährten Organisationsgrundsatz festzuhalten: Kampf- und Unterfühlungsorganisation.

Die Kommunisten haben, wie stets, auch die Aufklärungsversammlungen für ihre Zwecke auszunutzen versucht. Wo sie sich zu schwach fühlten um anzugreifen — so in den ländlichen Gebieten — waren sie bemüht, die Mitglieder von den Versammlungen fernzuhalten. Ein fröhliches Wandern, das ihnen sogar zum Teil bei ihren eigenen Anhängern mißlang. In den weniger fällen, wo sie glauben eine Versammlung terrorisieren zu können, trafen sie in der bekannten alten Art auf Erfolg hatten sie nur in Magdeburg, wo sie die geordnete Durchführung der Versammlung verhinderten. Um übrigen haben die von der kommunistischen Partei irreführenden Mitglieder bald gespürt, daß ihre Veruche, die große Not der Bauarbeiter für unsinnige Experimente auszunutzen, bei den Bauarbeitern keine Gegenliebe finden. Alle Bemühungen, die Masse der Mitglieder von der großen Linie der Bundespolitik abzubringen, sind vergeblich. Verblüffend schien diese Schapowskel im Verlauf der Versammlungen eingeschoben zu haben, daß sie mit ihrer organisationsfeindlichen Zerstückelungsarbeit selber den Weg abgaben, auf dem sie sitzen. Sie waren in einzelnen Versammlungen auffallend sachlich und vernünftig. Der

Kern der Bundesmitglieder hat jedenfalls erkannt, daß es in der Geschichte der Arbeiterbewegung nur einen großen Verrat gibt: die Zerspaltung der Arbeiterorganisationen durch die kommunistische Partei.

Bei den Angriffen auf die Einheit des Bundes hat sich in den Aufklärungsversammlungen wieder ein Nachteil bemerkbar gemacht. Unsere Bundesmitglieder werden oftmals nicht entschieden genug die Angriffe auf unsere organisierte Geschlossenheit zurück und überließen die Mehrheit völlig den Referenten und den Vorkämpfern. Das muß anders werden! Mehr Ueberzeugungsmut auf diesen Gewerkschaftsgebieten gegenüber! Das Gesamtergebnis der Aufklärungsversammlungen ist eine sehr wirksame Aufklärung unserer Mitglieder und eine Festigung unseres Bundes, dessen Kerntuppen Frontstellung und Abweisung des Bundes erkannt und zu der ihren gemacht haben. Sie wissen, es geht um die stärkere Beeinflussung des Staates und um die Rettung der Wirtschaft. Beides ist nur möglich mit Hilfe machtvoller gewerkschaftlicher und politischer Organisationen. Allgemeinmut muß darum die Erkenntnis werden: Nur verstärkte gewerkschaftliche und politische Gemeinschaftsarbeit gestaltet eine bessere Zukunft!

XIII. Sitzung des Ausschusses vom 12.08.

Am 16. Juli tagte der Ausschuss des ADGB in Berlin. Der Vorsitzende Kollege Theodor Leipart, sprach zur demeritieren Wirtschaft- und Finanzlage. Die lebhafte Aussprache wurde der Bundesversammlung beauftragt, mit aller Entschiedenheit seinen Einfluß auf die Reichsregierung auch weiter dahin geltend zu machen, daß sie ihre Zulassung bestimmter Erleichterungen der Rotterordnung vom 5. Juni einhält. Es wurde weiter verlangt, daß sie bei den Anleiheverhandlungen etwaige Preisrückgriffen des Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes unterordnet und den Bestrebungen der rechtsradikalen Parteien mit weit größerem Nachdruck als bisher entgegentritt.

Besonders interessant waren die Ausführungen, die Leipart machte, als er den Sturm auf die Banken schilderte und dabei auch die Arbeit an erwähnte. Auch sie wurde von diesem Ansturm stark in Mitleidenschaft gezogen; sie hat nicht nur den Ansturm auf ihre Sparkasse über sich ergehen lassen müssen, sondern die Kommunisten haben diese vollkommen unpassende Gelegenheit benutzt zur erneuten Hege gegen die Gewerkschaften und vor allem auch mit besonderer Schärfe gegen die Arbeiterbank. In Wirklichkeit hat bei diesem Ansturm die Arbeiterbank das sich bei der Arbeiterschaft erworbenen Vertrauen glänzend gerechtfertigt. Sie zahlte voll aus, während andere Banken und die Sparkassen jumeist nur geringe Teilbeträge auszahlten. Selbstverständlich mußte dann auch später die Arbeiterbank auf Grund der Rotterordnung ihre Zahlungen, wie alle anderen Banken ebenfalls, einstellen. Diesen ganz natürlichen Vorgang benutzten die Kommunisten, um in völlig ungedrehter und läghafter Weise gegen die Arbeiterbank ihar zu machen. — Stark bemängelt wurde auch von Theodor Leipart, daß in dem Garantiefonds der deutschen Industrie, dessen Freiwilligkeit nur durch Verordnungsdruck geistert werden konnte, die Arbeiterbank im Ausschuss, der für die Verteilung der Kredite maßgebend ist, nicht vertreten ist. Gerade die Leitung der Arbeiterbank wäre besonders berufen, bei einer objektiven und zweckentsprechenden Kreditverteilung mitzuwirken. Die Arbeiterbank ist auch, wie die anderen Banken hiesigenden, zu den Verhandlungen nicht hinzugezogen worden, die die Regierung in der letzten Zeit mit anderen Banken geführt hat. Es ist ein gemeinsames Vorgehen in Aussicht genommen worden, um diese im volkswirtschaftlichen Interesse sehr bedenkliche Ausschaltung der gemeinnützigen Banken zu befeitigen.

Die Aussprache ergab vollständige Einmütigkeit mit der Auffassung Leiparts. Es wurde betont, daß im Zustande der deutschen Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie als der einzige reale Faktor angesehen werden, auf dem sich die kreditwürdige Deutschlands gründen könnte. Die Finanzpolitik der Regierung habe keine klare Linie gezeigt; vor allem müsse die Kapitalmarkt energisch bekämpft werden. Die Erhaltung der Währung sei heute eine Hauptaufgabe. Eine Reform des Aktienrechts und eine wirksame Kartell- und Monopolkontrolle seien unbedingt notwendig. Zum Schluß verhielt sich Leipart, der Bundesvorstand werde seine Bemühungen ganz energisch in dem Sinne fortsetzen, in dem er geäußert und den die Aussprache ergeben habe.

Droht eine neue Inflation?

Ueber dieses Thema, das vor allem heute viele ängstliche Gemüter beherrscht, sprach kürzlich im Rundfunk einer der hervorragenden Volkswirtschaftler, Professor W o n n. Nachstehend geben wir zur Beichtigung den Kern seiner Ausführungen wieder:

Von allen wirtschaftlichen Schicksalsfragen ist eine Inflation das schrecklichste Ereignis; von allen Völkern, die eine Inflation durchgemacht haben, ist es das deutsche Volk, das den Inflationsfurchen bis zur Neige ausgeschoffen hat. Daber ist die Unruhe und die bange Frage des Volkes, ob eine neue Inflation bevorsteht, durchaus verständlich. Man muß aber doch die ganz nüchternen Frage aufwerfen, ob zwischen der Lage, die 1919 bis 1923 zu der furchtbaren Inflation geführt hat, und der heutigen Situation auch nur die geringste Ähnlichkeit besteht. Eine Inflation entsteht doch dadurch, daß der Staat Geld geben macht, die er mit seinen Steuererlösen nicht decken kann und zu deren Bedeckung er auch wegen fehlenden Vertrauens keine Anleihen erhält. Der Staat setzt dann die Notenpresse in Bewegung, pumpt also zusätzliches Notengeld in das Land, alle Preise steigen, dementsprechend wächst der Notenbedarf des Staates wieder weiter und so schwillt allmählich die Lamine an, wie wir es in höchster Steigerung 1923 erlebt haben.

Heute liegen die Dinge ganz anders. Die Regierung hat durch rückhaltlosste Sparmaßnahmen und Ausgabenreduzierungen den Etat in Ordnung gebracht. Sie ist dadurch und mit Hilfe des Hoover-Planes sogar in den Stand gesetzt, nicht nur ohne neue Verschuldung auszukommen, sondern sogar alte Schulden abzugeben. Man muß unter den gegenwärtigen Umständen diese Zurückhaltung kurzfristiger Reichsschulden als eine ganz einseitige Leistung anprechen. Von dem Reichsdroht also der Währung heute keine Gefahr. Wenn der Etat nicht allein balanciert, sondern sogar Schulden abgedeckt werden können, ist von dieser Seite eine Inflation niemals zu befürchten.



Unterhaltung und Wissen



Wie die Zeitung entsteht.

Es ist 11 Uhr nachts. Ein Kieselball, der von vier langen Fischen durchzogen wird. Die meisten Fische sind leer. Die Fische sind mit zusammengeknüllten Papiermassen bedeckt. Bei jedem Stoß geht ein Lichtblitz.

Hier und dort flogen Gruppen von Männern in Hemdsärmeln, große Stöße von Papier vor sich und schreiben fieberhaft. Ununterbrochen wandern Notizen von einem zum anderen. Gemühtlich endet die Wanderung bei einem würdig aussehenden Herrn am Ende des Tisches, der aber trotz seiner Würde gleichfalls in Hemdsärmeln arbeitet. Burschen, die höchstens fünfzehn oder sechzehn Jahre alt sein können, holen das fertige „Material“ von Zeit zu Zeit ab und tragen es fort in die Druckerei. — Wir sind hier im Herzen der Redaktion des „Daily Herald“, der Zeitung der englischen Arbeiterpartei, eines Blattes mit einer Auflage von weit mehr als einer Million. — Dieser große Redaktionsapparat ist für die englischen und amerikanischen Zeitungen typisch. In den kontinentalen Redaktionen herrscht gewöhnlich ein „Jellensystem“. Jeder Redakteur, oder, wo es notwendig ist, zwei zusammen, muß ein eigenes kleines Arbeitszimmer haben, um ungestört nachdenken zu können. In der modernen englisch-amerikanischen Redaktionen heisst es nicht, sorgfältig durchdachte Artikel schreiben, sondern Neulichteln möglichst rasch und sicher verarbeiten. Daher Arbeitsteilung, Journalismus am laufenden Band. Wie der große Arbeitsaal einer Fabrik muß der große Redaktionsaal an. Ganz entsprechend dem Prinzip der Arbeitsteilung gibt es hier vielfältige Typen und Stufen der journalistischen Tätigkeit. Die meisten Plätze im Saale sind die der Reporter. Aber augenblicklich steht man weniger an der Arbeit. Schon am Morgen hat ihr Chef, der Neulichtredakteur, sie ausgehändigt, um an den verschiedensten Punkten Londons Nachrichten einzusammeln, hier jemanden zu interviewen, dort Neues über einen Mord zu erfahren, dort wiederum von einer Gewerkschaft Informationen über einen Lohnkampf zu erlangen. Im Laufe des Nachmittags schon sind die meisten Reporter zurückgekehrt und haben ihre Meldungen den Unterredakteuren übergeben. Jetzt sitzen nur noch einige wenige bei ihren Telefonen. — Die meisten von den Leuten, die wir momentan bei der Arbeit sehen, sind Unterredakteure. Sie müssen die von den Reportern erhaltene, oft sehr unvollständige Formulierung geschriebener Berichte ordnen, klarsprechen, zurechtstellen. Besonders die Länge ändert sich sehr oft von einer Auflage zur anderen. Der „Daily Herald“ wird in drei Londoner Auflagen gedruckt. Die erste geht in die weitere Umgebung Londons, die zweite in die nähere, die dritte in die Stadt selbst. Jede muß die allerletzten verfügbaren Nachrichten enthalten. Was zur Zeit der Fertigstellung der ersten Auflage die größte Sensation war, kann einige Stunden später zur Druckzeit der dritten Auflage, schon längst von einem noch wichtigeren Ereignis überholt sein.

Um das Rätzen und Auswecheln zu erleichtern, muß eine englische Zeitungsnachricht von vornherein so geschrieben sein, daß alle wichtige im Anfang enthalten ist. So daß man den Schluß beliebig weglassen kann. Eine Geschichte gemächlich mit Einleitung, Fortsetzung und Schluß zu erzählen ist ausgeschlossen.

In Amerika, wo der Journalismus noch mehr als in England nach festen Regeln geht, prüft man jeden Reporterhieb an seinem ersten Arbeitstag ein: Der Leisig muß auf fünf Fragen erakt und erschöpfend Antwort geben, nämlich auf die Fragen: Was? Wer? Wo? Wann? Warum?

Nach Mitternacht gehen der Neulichtredakteur und seine Unterredakteure nach Hause und an ihre Stelle tritt die Nachredaktion, geführt vom Nachredakteur. Die bleibt bis gegen 4 Uhr früh an der Arbeit. Sogar noch um diese Zeit wird, wenn ein wirklich wichtiges Ereignis eintritt, die Titelseite der noch nicht gedruckten Exemplare nochmals umgeändert. Als das Lustschiff „R 101“ in Flammen aufging, langte diese Schreckensmeldung erst in den Morgenstunden in England an. Erzbischöfen hatten alle großen Tageszeitungen bereits den Bericht. In einer einzigen Zeitung war der diensthabende Nachredakteur offenbar zu schlafen, um die Titelseite frisch „aufzumachen“, und er verlor die Meldung unter die „Nachrichten“, und er druckte ein. Der Mann wurde am nächsten Tage entlassen. — Die Hauptarbeit des Neulichtredakteurs oder des Nachredakteurs besteht darin, aus den ihm von den Unterredakteuren übergebenen Berichten die interessantesten auszuwählen. Mangel an Nachrichten hat er nie. Wenn er von seinen eigenen Reportern und Korrespondenten zu wenig bekommt, dann stehen im Raume nebenan vier Maschinen, aus denen ein ununterbrochener Streifen mit Worten heraufläuft. Das sind die Meldungen der großen Nachrichtenagenturen, die alle Zeitungen bedienen. Eine von ihnen ist die amtliche Reuters-Agentur, die auch die Nachrichten aller anderen amtlichen Agenturen, der französischen Agence Havas, des deutschen Wolff-Telegraphen, der österreichischen Amtlichen Nachrichtenstelle, allen Tageszeitungen liefert. Die drei anderen sind private Agenturen, die aber eine große Zeitung verwenden die bekommen kann. — Eine besondere kleine Gruppe von Redakteuren ist mit der Verfolgung der in Manchester, dem „Daily Herald“ ebenso wie die anderen großen Zeitungen, in die „Nordausgabe“ hat, die in anderen großen Zeitungen wird, kann er den bürgerlichen Zeitungen erfolgreich Konkurrenz machen. Früher mußte der für Nordengland bestimmte Teil der Auflage schon abends gedruckt und mit der Eisenbahn nach Norden befördert werden. Damals gehörte ein großes Stück Heroismus der englischen Arbeiter im Norden dazu, freie Abonnenten des „Herald“ zu bleiben. — Heute weiß der Leser des „Daily Herald“ in Lancashire und in Schottland genau so bald wie der Leser der bürgerlichen Zeitungen, in der weitesten Runde der große Canera seinem Gegner das Rasenlein zerdresen hat. Der größte Teil des „Daily Herald“ wird

telegraphisch nach Manchester gegeben. In einem eigenen Raum der Redaktion steht eine eigene Maschine, die ununterbrochen mit der Redaktion in Manchester in direkter Verbindung ist und das ganze Blatt, fast allen Angaben über Druckgröße, über Stellung der einzelnen Artikel auf jeder Seite usw., nach Manchester mittelt. In Manchester selbst werden nur noch die Lokalnachrichten, die für London uninteressant sind, hinzugefügt.

Dadurch, daß die Arbeiterpartei im „Daily Herald“ eine Zeitung hat, die technisch und journalistisch mit den größten bürgerlichen Zeitungen konkurrieren kann, befreit sie ein wichtiges Werkzeug im Kampf um die politische noch nicht gebildeten Massen, ein Werkzeug, das die Führer der englischen Arbeiterbewegung anerkennen und das die Gegner der Arbeiterpartei fürchten.

F. Schön in der „Wiener Arbeiter-Zeitung“.

Lohnabbau und Notverordnung.

Aus ist das Märchen
Die auf ihren Kongressen
Und in ihren Pressen
Immer wieder von unsern „hohen“ Löhnen erzählten,
Waren nicht dummt.
Sie wußten ja so gut, warum
Dies verlogene Geschwafel
Von des Bauarbeiters „hohem“ Lohn...

Für uns vom Bau klang das immer wie Hohn.
Wie oft saß uns schon
Die Not im Genick.
Wie oft hatte einer den Zorn im Blick,
Wenn er hörte den Schwindel,
Sain Lohn sei so hoch und unangemessen.
Hatten doch oft die Selnen nicht satt zu essen...

Doch die auf ihren Kongressen
Das Märchen sangen vom hohen Lohn,
Sie bauten ihn ab,
Und das nicht zu knapp.
Der richtige Zeitpunkt war für sie da —
Welcher Schlichter sagt heute zum Abbau nicht: Ja!

Dann kamen die Notverordner und machten es so:
Für uns verordneten sie die Not gleich ein gros.
Wir haben (falls wir nicht arbeitslos)
Einon geradezu märchenhaften Lohn.
Die Notverordner dachten: „Die kriegen wir schon“...

Arbeitslos sein,
Das heißt für uns Hunger.
Das heißt für uns Pein.

Denn die Notverordner machten es so:
Sie diktierten die Not für uns gleich ein gros.
Stempeln wir. Dann für uns gleich die Krise,
Die kleinste Ration.
Wohl von wegen unsorem „hohem“ Lohn?

Oder sollte man darum uns besonders bemessen,
(Fast hätt' ich das zu sagen vergessen!)
Weil wir uns im Kohldampfschlehen
Schon lange nicht mehr brauchen zu üben?

Louis Pilz, Maurer.

Jugend klagt an...

Da stehen sie an den Straßenecken, die Hände in den Taschen, selbstgedrehte Zigaretten im Mund, unzufrieden mit sich und der Welt, junge Menschen mit Gesichtern wie Dreile, mit Gesichtern, aus denen jede Spur von Lebensmut und jugendlicher Lebensfreude verbannt ist, mit Gesichtern, aus denen ein abgrundtiefer, unerschütterlicher, gegen die gesamte Umwelt schleichend spricht...

Es sind arbeitslose, blutjunge Menschen, die schon jetzt das Gefühl mit sich herumtragen, überflüssig zu sein in dieser Welt.

Um das Jahr 1910 kamen sie zur Welt, wurden dann groß ohne die feste Erzieher- und Führerhand des Vaters, der im Felde stand und litt, ohne die liebevolle Betreuung durch die Mutter, die auf der Jagd nach Kartoffeln, Kunstbrot und Kriegsbrot war oder beim Oranatenreiben den Familienunterhalt verdienen mußte.

Dann erlebten sie den Wirrwarr der Revolution, sahen, falls das Glück es wollte, den Vater heimkehren aus Dred und Blut, froh, wieder ein neues menschenwürdiges Dasein beginnen zu können.

Dann kam die Inflation. Etwas Arbeit stand niedrig im Kurs. Der Verdienst eines Monats reichte vielleicht zur Beschaffung eines Sandbudes, aber man fand das Geld auf der Straße. Millionen, Milliarden, Billionen. Cafés, Kabarett, Wars und die Luxusgüter hatten Hochkonjunktur. Dann war mit einem Schlag auch das vorbei, wie ein Fallnachschimmchen ganz alles verlor...

Zurück blieb eine große Leere, eine große Sehnsucht nach sinnvoller Betätigung. Und dann kam neues Elend. Überall. Geldmangel verminderte Kaufkraft, als deren Folge steigende Arbeitslosigkeit, Zusammenbruch Launderei von Existenzen, Vergrößerung des Elends und noch im Frühling dieses Jahres 5 Millionen Arbeitslose. Darunter Hunderttausende von Jugendlichen, die anklagend an Straßenecken, unter Brüdernbögen und auf den Bänken der Grünanlagen herumlungern...

Die klagen dieses System an, das ihnen nicht mehr die Möglichkeit gibt, den Wert regelmäßiger, freudig geleisteter Arbeit kennenzulernen. Es war schon schwer, für sie eine Lehrstelle zu finden. Aber auch die, die damals eine Lehrstelle fanden, stehen heute „ausgelotet“ auf der Straße, erfüllt mit bitterem Haß gegen dieses Gesellschaftssystem, das ihnen ihre Jugend gestohlen... Hört ihre Stimme. Die arbeitslose Jugend klagt an. Diese an Recht und Menschlichkeit verzwiefelte Jugend ist eine Gefahr, reißt sie vor dem Untergang. Weh! Ihr ihre Jugend wieder!

Dita Haad, Landberg a. d. M.

Wie schwer es früher war.

„Und wenn ihr noch so askantonsmäßig seid, in Passau ist mit der Mauerbewegung nichts zu machen.“ So schrieb uns Ende der neunziger Jahre ein alter bewährter Parteigenosse aus Passau, an den wir uns wegen der Vorbereitung einer Mauererversammlung gewendet hatten. Wichtigste Anfordern erliefen wir aus vielen anderen Orten. In ganz Niederbayern hatten wir nur eine einzige Zahlstelle, nämlich in Landshut; die Mitgliederzahl betrug dort etwa 15, die Kollegen arbeiteten in München und Augsburg.

Nun fanden wir in Landau einen Genossen, seines Berufes Württemberg, der sich bereit erklärte, für Landau eine Mauererversammlung vorzubereiten. Auf dem Einladungszeitel war ich als Einberufer, unser unerwählter Kollege Alois Puff als Referent verzeichnet. Als wir jedoch im Versammlungslokal eintrafen, waren neben unserem braven Genossen lediglich der Bezirksamtsassessor und zwei Genossen „verammelt“. Das gefiel uns natürlich nicht, aber der Herr Bezirksamtsassessor füßte sich anstehend nicht wohl. Er mutmaßte etwas von Zeiterschwendung, Gehorsam und Geistesbläse, kämpfte sich den Schurzbarst und zwinkte sich ständig in die Oberarme, als ob sich dort kleine Lebewesen verborgen hätten.

Inzwischen waren dann doch einige Bauarbeiter erschienen, die von dem Herrn Assessor mit nicht gerade freundlichen Blicken gemustert wurden. Immer noch schien es, als ob unsere Einladungszeitel nicht den gewünschten Erfolg gebracht hätten, da öfnete sich die Tür und herein trat der Präses des katholischen Arbeitervereins, gefolgt von seinen getreuen Mitglidern. Nun war das Lokal gefüllt und wir konnten mit der Versammlung beginnen.

Ich eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt: „Wie ist die Lebenslage der Mauerer zu verbessern?“ Bevor jedoch Kollege Puff beginnen konnte, hatte sich schon der Bezirksamtsassessor, als überwachender Beamter, erhoben und erklärte in wiederholter Haltung: „Ich erkläre hiermit die Versammlung für politisch und da an politischen Versammlungen Frauen nicht teilnehmen dürfen, haben sich unverzüglich die — Kellnerinnen zu entfernen!“

Wir haben uns gegenseitig ziemlich verdußt an; ich protestierte gegen diese Maßnahme, aber der Assessor bekräftigte seinen Befehl mit der Ankündigung, daß er widrigenfalls die Versammlung auflösen werde. Dabei traf sein gestrenger Blick die beiden Genossen, die infimtmäßig bereits erproben, ob Pilschbaue und Wauchgurt fest genug säßen zu einem etwaigen Sturmangriff.

In dieser unheilshemangenen Lage fand jedoch der Gastm einen erlösenden Ausweg, indem er erklärte: „Nun, wenn die Sache so ist, muß ich halt selbst meine alten Knochen herumschleppen!“ Unser Freund, der Württemberg, erbot sich, dem Wert beihilflich zu sein. Und der Präses und seine Getreuen blieben es keineswegs unangenehm mit ihren Grundfüßen, von einem „Noten“ eine Maß Bier vorgelegt zu erhalten.

Die Ausführungen des Kollegen Puff fanden Anklang. Wir machten einige Aufnahmen. Sogar der Präses hatte gegen die Ausführungen des Referenten nichts einzuwenden. Aber nach Schluß der Versammlung erklärte er mir, daß die Beschlüsse nicht von langer Dauer sein werde. Und damit hatte er leider recht bekommen. Seine nächste Sonntagpredigt galt dem „Gift des Sozialismus“. Und die häufige „biennialische“ Einkehr der Genossen in unserem Lokal, ohne etwas zu verzehren, verärgerte den Herbergwarter. Dies und die Schiebererei der Unternehmer gegenüber den „roten Herrern“ zersägen den Erfolg, daß die Zahlstelle nach einigen Wochen wieder verödetet war.

So war es der Dreieinigkeit: Klerus, Polizei und Unternehmer gegliedert, die junge Bewegung wieder lahmzulegen. Landau war einer der vielen Orte, wo der Aufbau der Bauarbeiterbewegung immer wieder von Grund aus begonnen werden mußte. Jedenfalls jetzt diese Epilode aus unserer Bauarbeitergeschichte, wie schwer es damals war, unsere Gewerkschaften aufzubauen.

H. Hart, München.

Laura's Preislieb.

In der Breslauer Oper ist Hindemith's Stück „Neues vom Tage“ gegeben worden, in dem ein „Preislieb“ vorkommt, das die Heldin Laura in der Wadewanne singt. Es lautet:

„Nicht genug zu loben sind die Vorzüge der Warmwassererwärmung. Heißes Wasser tags, nachts, ein Bad bereit in drei Minuten. Kein Gasgeruch, keine Explosion, keine Lebensgefahr. Fort, fort mit den alten Wasbadbecken!“

Das Breslauer Städtische Gaswerk hat gegen das Lied sofort Protest eingelegt, da es seine Interessen gefährde, und der Berliner Verband der Gas- und Wasserfachleute hat sich dem angeschlossen.

Die Gasfrieren haben offenbar von den Nazis gelernt, wie man heilige Bezüge gegen die verfluchte Kunst verdedigt. Hoffentlich rücken sie, falls der Schrei nach der Zensur ungedrückt verhalten sollte, nicht auch mit Stinkbomben und weißen Mäusen an!

BUNDES-TRIBÜNE

DER WERT DER TARIFVERTRÄGE

Wegen der gewaltigen Ausbreitung der Tarifverträge in der Nachkriegszeit beeinflussen sie nachhaltig die Lohnhöhe. Bestanden doch nach der letzten amtlichen Statistik Anfang Januar 1929 nicht weniger als 8925 Tarifverträge für 12 276 060 Beschäftigte, darunter 1765 Angestelltentarifverträge für 1 702 789 Beschäftigte. Allerdings enthalten nicht sämtliche Tarifverträge auch ein Lohnabkommen. Aus der Tarifstatistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Ende 1929 kann man ersehen, daß in diesem Zeitpunkt neben Manteltarifen und Arbeitszeitabkommen 4244 tarifliche Lohnabkommen für 9 794 466 Beschäftigte, außerdem 1515 Volltarife, die also auch Lohnabkommen enthielten, für 1 951 711 Arbeitskräfte vorhanden waren. Die getrennte Regelung der Lohnfrage neben Manteltarifen, die verschiedene Arbeitsbedingungen darunter zumeist auch die Arbeitszeitfrage behandeln, ist neben dem reinen Arbeitszeitabkommen für die Entwicklung des Tarifvertragswesens von nicht geringer Bedeutung. Durch die elementare Behandlung des Lohnes wird in das Tarifvertragsystem ein beweglicheres Element eingeschaltet, da das tarifliche Lohnabkommen in der Regel kurzfristiger und häufiger kündbar ist als der die übrigen Arbeitsbedingungen regelnde Mantel- oder Rahmenlohn.

Tarifverträge erhöhen das Lohneinkommen.

Man kann ohne weiteres behaupten, daß das System der Tarifverträge im allgemeinen zur Steigerung der Lohneinkommen der beschäftigten Arbeiter führt. Die Versuche vieler Unternehmerverbände, das Zustandekommen von Tarifverträgen durch „gewollte Tarifunfähigkeit“ zu verhindern oder deren Durchführung (wie der Kampf um den „Verzicht auf den Tariflohn“ beweist) zu erschweren, zeugen ebenfalls dafür, daß die Unternehmer dem Tarifvertrag lohnteigernde Wirkungen

Der Tarifvertrag mußte auch die Verteilung der Arbeit regeln.

Unsere Tarifverträge mögen ganz gut sein, aber einen erheblichen Mangel haben sie alle: Sie garantieren nur die Arbeitsbedingungen, nicht aber auch die Arbeit. Man muß erst Arbeit haben, um der Segnungen einer Lohn- und Arbeitszeitregelung teilhaftig zu werden. Diesen Mangel spürt man in normalen Zeiten wohl nicht so sehr, aber in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges wird es einem nachdrücklich klar, daß unsere Tarifverträge nur Waffenstillstandsverträge sind. Dann lernt man erkennen, daß eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen noch keine nachhaltige Hilfe bedeutet, wenn nicht zugleich auch die Planung und Verteilung der Arbeit geregelt wird. Da heute die Bauwirtschaft schon sehr weit-

zumuten. Dem Tarifvertrag wird häufig seine angeblich geringe Beweglichkeit zum Vorwurf gemacht, die es verhindert, daß sich der Lohn der jeweiligen Wirtschaftslage anpaßt. Dieser Vorwurf ist in den meisten Fällen unbegründet. Das tarifliche Lohnabkommen wird im Tarifvertrag gewöhnlich von den übrigen Arbeitsbedingungen getrennt geregelt und enthält kürzere Ablauf- und Kündigungsfristen als der Mantelvertrag.

A. Halasi (Lohn-Exkursion).

gehend unter staatlichem Einfluß steht und Bauarbeit keine Herstellung von Exportgütern ist, müßte eine solche Regelung mit Hilfe der staatlichen Organe möglich sein. Das um so eher, weil wir eigene Betriebe haben, deren Leitung soviel Erfahrung in der Arbeitsplanung und -verteilung gesammelt haben müßte, daß ein Schritt in der angelegenen Richtung wohl kaum noch als unmöglich angesehen werden dürfte. Mit einem Garantieren der Beschäftigung — wenn zunächst auch nicht umfassend — würden unsere Verträge das werden, was sie sein sollten: Existenzgrundlage für die Arbeiter. Heute sind sie es trotz allem Guten, das sie haben, noch nicht.

J. Jakobi.

Verlieren die Gewerkschaften durch Abschluß von Tarifverträgen ihren Kampfcharakter?

Das wichtigste Argument, mit dem die Gegner des Tarifgedankens zu Felde ziehen, ist, daß die Gewerkschaften durch Abschluß von Tarifverträgen ihren Charakter als Kampforganisation verlieren. Daß dem nicht so ist, hat die Geschichte bewiesen. Im Gegenteil, der Kampfesgeist hob sich, weil die Gewerkschaft durch den Tarifvertrag in der Lage ist, während des sogenannten Waffenstillstandes ihre Position zu stärken, um später desto energischer vorzustoßen. Unzweifelhaft liegt in den Tarifverträgen auch darin ein großer Wert, daß durch sie der Solidaritätsgedanke innerhalb der Mitgliedschaft gehoben wird. Ein Tarifvertrag ist keine Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern.

Anton Lange, Bischofsburg.

Das kostbarste Gut der organisierten Arbeiterschaft ist der gute Tarifvertrag. Tarifvertrag und Klassenkampf stehen nicht im Widerspruch zueinander. Den Wert der Tarifverträge wird besonders der zu schätzen wissen, der die Entwicklung der Tarifverträge kennt. Maßgebend für den Inhalt der Tarifverträge ist die Stärke der Gewerkschaften. Deshalb ist besonders bei den Unorganisierten und Lehrlingen ein großes Agitationsfeld.

Paul Sommersell, Stukkatour, Hamburg.

Tarifverträge sind Errungenschaften des Klassenkampfes. Ständen nicht so viele Indifferente abseits, so wären die Tarifverträge noch besser ausgebaut. Tarifverträge schützen den Arbeiter vor Lohn-diktat. Volkswirtschaftlich gesehen verhindern sie, daß die Kaufkraft der Massen ins Unermeßliche absinkt.

Hermann Gerhold, Dachdecker, Frankfurt a. M.

Die Tarifverträge und die Kommunisten.

Der kollektive Arbeitsvertrag ist eine leider oft nicht genügend gewürdigte geschichtliche Großtat. Wir haben den Kampf um die Anerkennung des Tarifvertragsgedankens, leider auch in den eigenen Reihen zu führen. In erster Linie sind es die Kommunisten, die nicht wissen, wie sie die Tarifverträge herabwürdigen sollen. Da heißt es z. B. in einer Schrift der RGO.: „das gegenwärtig herrschende Tarifsystem — ist eine Fessel der Klassenkräfte des Proletariats, hindert die Erhaltung von besseren Löhnen und muß aufs schärfste bekämpft werden.“ Wenn es nach den Rezepten der Kommunisten ginge, hätten wir dauernd tariflose Zeiten. Was das zu bedeuten hat, weiß jeder erfahrene Kollege. Den Wert von Tarifverträgen zeigt auch

die Äußerung eines Unternehmerverechters, der da meinte, daß „der Druck der Arbeitslosigkeit auf die Lohnhöhe aufzugeben werde durch das System der Tarifverträge“. Die Kommunisten dagegen sagen: „die von der reformistischen Bürokratie abgeschlossenen Tarife sind nicht anzuerkennen, müssen sabotiert und durchbrochen werden“. Solange die Kommunisten die Tarifverträge nicht zu würdigen verstehen, ist von ihnen nichts zu erwarten.

Albert Grimmer, Dresden.

Kaum sind unsere Tarifverträge unter Dach und Fach, brüllt die RGO. über Verrot und Bonzentum. Unterstützt von rechts und den Unorganisierten, möchten sie die Errungenschaften der freien Gewerkschaften zunichte machen. Hier gilt es, unter der unorganisierten Arbeiterschaft noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Undenkbar wäre ein tarifloser Zustand, denn dann wäre die Arbeiterschaft der Unternehmervöllkri auf ausgeliefert. Auf Bonzen und Gewerkschaft schimpfen ist die Errungenschaften der freien Gewerkschaften in Anspruch nehmen, ist natürlich leichter, als die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Tarifverträge sind gerade jetzt eine Notwendigkeit.

Otto Hirsch, Gera.

Tarifverträge sind ein wichtiges Mittel zu einer einigermaßen stabilen Existenz und als Rückhalt gegenüber dem Unternehmertum anerkannt. Tarifverträge als „Verrat der Bonzen“, „Verschacherung der Arbeiterschaft“ zu bezeichnen, ist für jeden marxistisch denkenden Arbeiter eine lächerlich und banale Behauptung.

Emil Seifert, Chemnitz.

Tarifverträge sind die Verwirklichung einer gewerkschaftlichen Forderung.

Schon auf dem Verbandstag der Maurer im Jahre 1899 wurde der Gedanke des Tarifvertrages gutgeheißen. Wer heute verärgert durch die wirtschaftliche Notlage über Lohnabbau oder dergleichen schimpft, sollte sich einmal reiflich überlegen, was er als einzelner für Arbeitsbedingungen diktiert bekäme. Der Tarifvertrag dämmt die Willkür des Unternehmers.

E. Noack Jr., Guben.

Bei der Beurteilung des Wertes der Tarifverträge muß man an die Zeit denken, wo die Entlohnung der Arbeiter noch eine Angelegenheit der Willkür des Unter-

nehmers war. Ältere und schwächere Arbeiter wurden auch dann schlechter bezahlt, wenn ihre Arbeitsleistung nicht minderwertiger war. Durch die Tarifverträge sind diese Ungerechtigkeiten weitestgehend ausgemerzt worden, Tariflöhne sind Mindestlöhne, die jedem Arbeiter ein bestimmtes Minimum sichern. Die vereinbarten Löhne müssen auch in Zeiten niedrigerer Konjunktur gezahlt werden. Grundsätzlich ist in Tarifverträgen u. a. auch das Recht der Arbeiter auf Ferien anerkannt. Dabei ist es meines Erachtens nicht von untergeordneter Bedeutung, ob die Kollegen stets in den Genuß von Ferien kommen können. Wir werden wieder Zeiten erleben, wo die jetzt mehr formelle Anerkennung des Ferienbedürfnisses wieder

Tarifverträge stärken das Selbstbewußtsein der Arbeiter.

Durch Abschluß eines Tarifvertrages schwindet das Minderwertigkeitsgefühl der Arbeiter. Der Arbeiter, der teilnimmt an der Mitbestimmung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, fühlt sich gleichberechtigt dem Unternehmer gegenüber. Durch den Tarifvertrag wird auch dem schwächsten Arbeiter einklagbares Recht gesichert.

Paul Tietze, Schönau, Glogau-Land.

Der Tarifvertrag mildert den Unterschied zwischen Schwachen und Starken und fördert den Gemeinschaftsgeist der Kollegen untereinander.

Philipp Euler, Maurer, Hüttengericht, Kr. Hanau.

Ein Vorteil ist es, daß im Tarifvertrag Schlichtungsinstanzen vereinbart sind, weil dadurch Gelegenheit gegeben ist, in eigener Sache als Richter mitzuwirken. Hätten wir in diesem Jahr keinen Tarif gehabt, so wäre der Lohn noch mehr abgebaut worden, ganz zu schweigen wie es mit den anderen Errungenschaften stände.

Hans Brox, Maurer, Wilster.

Nie wieder die „gute, alte Zeit“!

Warum schreien die Geier von Langnam, Nordwest und vom Reichsverband der Deutschen Industrie nach einer Lockerung und Erleichterung in den Tarifverträgen nach einem „Lohnspielraum“? Weil sie Kullilöhne zahlen wollen, deshalb will sie bestrebt, die staatliche Schlichtung auszuschalten und an Stelle des Kollektivvertrages wieder den Einzelarbeitsvertrag zu setzen. — Weil aber der Einzelarbeitsvertrag die große Gefahr weiteren Rückschrittes birgt, darum sind uns Tarifverträge unersetzbar wertvoll.

Arthur Bartz, Maurer, Essen-Steele.

Es gibt eine Anzahl vor allem älterer Kollegen, die mit stiller Wehmut an die Zeit der Stafellöhne zurückdenken. Da galt der Mann, da galt die Kunst, so seuzen sie.

Ohne Tarifvertrag noch niedrigere Löhne!

Besteht kein Tarifvertrag, so ist der Arbeiter, der seine Arbeitskraft zum Verkauf anbietet, in 99 von 100 Fällen gegenüber dem Unternehmer der Schwächere. Wo in der heutigen Zeit ohne Tarifvertrag der Tiefpunkt des Lohnrückfalls wäre, ist nicht auszukenken. Der Tarifvertrag spielt auch im AVAVG. eine große Rolle. Der Arbeiter kann eine Arbeit ablehnen, wenn kein Tariflohn gezahlt wird. Bei Nichtbestehen eines Tarifvertrages würden die Unternehmer die Konkurrenz untereinander auf Kosten niedrigerer Löhne, also auf dem Rücken des Arbeiters austragen. Ohne Tarifvertrag würden die Bauarbeiterlöhne im Winter, ja nicht nur im Winter, sondern noch im Frühjahr und schon im Herbst, wenn die Arbeit zusammenschmilzt, derartig niedrig sein, daß nur in der kurzen zusammengedrückten Hochsaison die Löhne etwas steigen würden. Das Auf und Ab der Lohnkurve wäre ohne Tarifvertrag in der Jetztzeit überhaupt nicht auszukenken. Der Tarifvertrag ist Grundlage des Arbeitsrechts. Wenn schon trotz Bestehen von Tarifverträgen so viele Klagen notwendig sind, um den Unternehmer zur Zahlung des Tariflohnes zu zwingen, dann kann sich jeder ein Bild machen, wie die Entlohnung ohne Tarifvertrag wäre, wenn der Unternehmer keine Klage zu befürchten hätte.

P. Barzik, Waldenburg.

Auch diesmal waren die Einsendungen zahlreich. Keine einzige konnte in voller Länge abgedruckt werden und leider mußten — sowohl wegen Raummangels als auch, weil sich die Auffassungen wiederholt deckten — einige gänzlich zurückbleiben. In der Überzeugung, daß sich die davon Betroffenen nicht von der weiteren Mitarbeit zurückziehen, verweisen wir nochmals auf unser nächstes Thema, das sich mit der

VIERZIGSTUNDENWOCHE

beschäftigen soll. — Letzter Tag der Einsendung ist der 15. August.

Die Schriftleitung.

greifbare Formen annehmen wird. Der Tariflohn ist immer einklagbar! Dies würde nur in ganz beschränktem Maße zutreffen, wenn jeder seinen Lohn persönlich vereinbart; oder überhaupt nicht, wenn der Lohn nicht vereinbart ist.

Wir leben in der Zeit des Kollektivismus. Die Arbeiterbewegung ist darauf abgestimmt, den Sinn für Gemeinschaft zu wecken. Wir wollen nicht die Persönlichkeit im Menschen töten, aber wir wollen das Persönlichkeitsgefühl dahingehend beeinflussen, daß sich jeder als Teil im großen Wirtschafts- und Weltgetriebe einzuordnen vermag. Das Wort „Einer für alle und alle für einen“ wird durch den Tarifvertrag lebendig.

* Fritz Kunis, Leubsdorf Sa.

Tarifverträge sind nicht nur nötig, um die Gleichberechtigung der Arbeiter zu sichern, sondern sie sind sogar unentbehrlich; denn durch Schaffung von Tarifverträgen wird der Arbeiter, der einzeln wirtschaftlich schwach ist, geschützt.

H. Dörnbrach, Neustrelitz.

War das so? O nein! Die Gunst war meistens maßgebend bei dieser Lohnregelung. „Aber man konnte Bausperren, Streiks und dergleichen inszenieren, jederzeit und jeden Orts.“ Zum Teil richtig. Aber konnte einer großen Organisation mit solchen Guerillakriegen gedient sein? Niemals! Deshalb kam nur über Einzelverträge zum Abschluß korporativer Tarifverträge. Das Arbeitsverhältnis jedes einzelnen, des Aelteren sowohl wie des Jungen wurde auf unantastbare, solide Grundlage gestellt. Der Tarifvertrag ist das A und O des Arbeitsverhältnisses.

Gg. Dreßler, Maurer, Dresden-A. 40.

Einbruch in das Tarifrecht.

Durch die zweite Notverordnung der Brüning-Regierung wird dem Tarifrecht ein schwerer Schlag versetzt. Die Tarifabmachungen der Lohnempfänger, die bei Körperschaften öffentlichen Rechts beschäftigt sind, werden insofern teilweise außer Kraft gesetzt, daß man für sie einen Lohnabbau diktiert. Lohn und Arbeitszeit sollen nach den Wünschen der Industriellen künftig von Betrieb zu Betrieb, nicht aber mehr durch Tarifvertrag geregelt werden. Sind das auch einstweilen nur Wünsche, so ist doch gut ersichtlich, wohin die Reise gehen soll. Mit dem Einbruch der Brüning-Regierung in das Tarifrecht und mit den zitierten Unternehmerwünschen, sollte eigentlich die Frage nach dem Wert der Tarifverträge für uns genügend beantwortet sein.

Louis Pilz, Feuerbach-Stuttgart.

Wirtschaftliche Besserstellung nur durch Tarifvertrag möglich.

Die Konzentration der Betriebe, der Zusammenschluß der Unternehmer, lassen den einzelnen Arbeiter als Person nicht gelten. Das erfordert von uns geschlossenes Vorgehen und Abschluß von Tarifverträgen. Unsere Mitglieder können nur durch kollektiven Arbeitsvertrag besser gestellt werden.

Karl Bieler, Crimmitschau.

Ein schlechter Tarifvertrag ist immer noch besser wie keiner. Tarifverträge werden nicht auf ewig abgeschlossen, der Kampf um eine bessere Ausgestaltung wird bleiben. Deshalb ist die Friedenspflicht nicht sehr hinderlich. Alle Kampfkräfte aufgespart und sie bei Abschluß der Tarifverträge in die Waagschale geworfen, ist besser, als ohne Tarifvertrag Einzelkämpfe, deren Erfolg meistens nicht ausgewertet werden kann.

Ferd. Ritter, Stockstadt-Main.

In der Zeit der Kartellierung, der Verstrickung und der Monopolisierung sind auch wir Proletarier gezwungen, das einzige, große Vermögen, das wir besitzen, unsere Arbeitskraft, so teuer wie möglich zu verkaufen. Das können wir aber nur, wenn wir diese Kraft ähnlich wie der Kapitalismus monopolisieren. Deshalb Tarifverträge.

Hans Rothe, Chemnitz.

Auch der im April dieses Jahres abgeschlossene Tarifvertrag, so wenig befriedigend er auch ausgefallen ist, beweist den Wert der Tarifverträge. Auch diesmal haben wir durch ihn trotz schwerster Angriffe der Unternehmer den Lohn für ein volles Jahr stabilisieren können.

Curt Oelsner, Dresden.

Tarifverträge sind das Wertvollste, was sich die Arbeiterschaft durch ihre Gewerkschaften erkämpft hat. H. Wütschen, Frankfurt/M.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: In Bahsch in Helsen (Baugewerkschaft Frankfurt/M.) wird gestreikt. Gesperrt sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baufelle Dynamikfabrik bei Westphal, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schwab in Emden wegen Tarifbruch; wegen Nichtzahlung des Tariflohns die Regierarbeiten der Mineralöl- und Asphaltwerke in Ostermoor bei Brunsbüttelkoog (Baugewerkschaft Iphoo); die Firma Geisler in Jelsch bei Hohenmölsen (Baugewerkschaft Jelsch) und in Weissenfels die Baufelle des Glasermeisters Franz Wärfel, Umbau Leipziger Straße 6; die Firma Georg Neumann in Neustadt a. d. S., die Firma Rodus Volkert in Malkammer, ferner die Firmen Jakob Schneider, Witwe Philipp Doll und Gebrüder Johannes Göhrer in Ebenhausen (sämtlich Baugewerkschaft Neustadt a. d. S.), in Stolp i. P. die Arbeiter der Firma Franz Kasfen.

Fliesenleger: In Krefeld stehen die Kollegen im Abwehrkampf.

Jollerer: Gesperrt ist die Jollerfirma Ritter, Kiel, Hafensstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Töpfer: Gesperrt sind: In Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Jelsch die Oefen- und Ofenheizer Gustav Neumann, Gustav Sönidae und Wymbe. Die Ofenheizer der Ofenfabrik Brüderhaus in Neumiede (Baugewerkschaft Koblenz) stehen wegen Nichtzahlung des Tariflohns im Streik. — In Leipzig stehen die Ofenheizer im Abwehrstreik.

Aus den Baugewerkschaften

Kempten. (Zahlstelle Kaufbeuren.) Am 4. Juli begrüßte unsere Zahlstelle bei einer kleinen Feier wieder sieben Jubilare, von denen einer, nämlich Kollege K n o l l, seit 22 Jahren zur vollen Zufriedenheit den Posten des Vorsitzenden bekleidet. In einer markanten Ansprache würdigte Kollege K n o l l die Verdienste der Jubilare, worauf Kollege S o m m e r ihnen Ehrenurkunde und Silbernadel des Bundes überreichte. Für die Jubilare dankte in bewegten Worten Kollege K n o l l. Bei Musik, Humor, Gesang und Tanz verabschiedete man noch ein recht angenehmes Stündchen.

Dishal. (Ein unliebsames Ereignis für die K.P.D.) Am 30. Juni blies wir eine Verammlung ab, in der Kollege Vogel, Auerbach, über „Die deutschen Bauarbeiter in Gegenwart und Zukunft“ sprach. Die K.P.D.-Männer glaubten, daß ein Referat nicht genug deshalb erschien noch einer von der K.P.D. Die Gründung der Verammlung gab Veranlassung, festzustellen, wer sich hinter der unbekanntenen Persönlichkeit verpuppte. — In einer etwas wehleidigen Posturumschwingung stellte sich der Betreffende zum größten Entsetzen der Mitglieder als kommunistischer Landtagsabgeordneter Silbermann vor. Auf Befragen, welcher Gewerkschaft er angehört, antwortete er, daß er Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes sei. Das Mitgliedsbuch habe er verlegen einzuschicken. Der kommunistische Landtagsabgeordnete mußte auf sein „Referat“ verzichten, weil die Bauarbeiter von Dishal nicht gewillt sind, die bekannten Schimpfanekdoten auf die Gewerkschaften über sich ergehen zu lassen. Unter dem Druck der über großen Mehrheit der Verammlung mußte Silbermann das Feld räumen. Er zog wie ein besessener Pudel von dannen. Die Bauarbeiterchaft von Dishal hat gesehen, daß sie fest und treu zum Baugewerkschaftsbund steht. Wenn sie das immer und überall zum Ausdruck bringt, dann werden die Drahtzieher von der K.P.D. bald für immer von dannen gehen. — Der Vortrag des Kollegen Vogel wurde mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen.

Soran. (Verständliches Nachspiel zum Abwehrstreik.) Im Dezember veruchten hier einige Unternehmer, den Lohn mit rigorosen Ermassnahmen zu kürzen. Nach einer vom Bundesvorstand genehmigten und allgemein geführten Abwehrbewegung wurden die Unternehmer in ihre Schranken zurückgewiesen. Bei diesem kurzen, aber überaus harten Kampf war es auch zu Zusammenstößen mit Streikbrechern gekommen. Die Folge war eine Anklage gegen den Vorsitzenden, Kollegen Plocher, und vier weitere Kollegen wegen Landfriedensbruchs. Die Gerichtsverhandlung am 3. Juli währte den ganzen Tag. Interessant war, daß der als Zeuge geladene Obermeister der Innung gegeben wurde, Tarifbruch begangen zu haben, und daß die Bauarbeiter im vollen Recht waren. Er sagte, wenn der Streikbrecher etwas „Rohrgeißel“ besessen hätte, dann wäre dieser Zwischenfall nicht vorgekommen. Wir hörten also aus beruhendem Munde, daß die Unternehmer für einen Streikbrecher auch nur Verdacht übrig haben. Der Staatsanwalt hielt seine Anklage aufrecht und beantragte für den Kollegen Plocher sechs Monate, für zwei weitere Kollegen drei Monate Gefängnis, für die übrigen beantragte er Freisprechung. Der Verteidiger, Genosse Dr. Fran, beantragte heute mit dem Staatsanwalt in geradezu mitscherlicher Weise die Abgabe. Er wies auf die historischen Geschehnisse der Gewerkschaften bei Streiks hin, die sich vom Mittelalter, von der Junii bis zur modernen Arbeiterbewegung erhalten hätten. Seine Bemerkung, daß man es hier mit geschulten und disziplinierten Bauarbeitern zu tun habe, deren Lehrer er zum Teil gewesen, dürfte auf die zahlreichen Zuhörer und das Gericht seinen Eindruck nicht verfehlt haben. Er beantragte Freisprechung. Nach längerer Beratung schloß sich das Gericht dem an. Damit ist nun endlich ein Schlußstrich gezogen unter eine Angelegenheit, die die Bauarbeiterchaft Sorans längere Zeit beschäftigt hat. Stolz auf ihre größte Solidarität und Ehrlichkeit und auf ihre starke Gewerkschaft bausen, geben sie vertrauensvoll neuen Kämpfen entgegen.

Run auf den Klotzen!
Tretet dem Arbeiter-Radiobund bei!

Aus den Fachgruppen

Töpfer und Fliesenleger.

Dem Hauptvorstandstag der Unternehmer im Töpfer- und Ofenheizergewerbe. Der Hauptvorstandstag dieser Organisation tagte kürzlich in Berlin und hat sich naturgemäß auch mit wirtschaftlichen Fragen befaßt. In einer an die Landesregierungen gerichteten Entschließung wird angefochten das Umfand, daß der Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die häusliche Wärmeversorgung vorwiegend eine wirtschaftliche Frage geworden sei, gefordert, daß in den Bauordnungen eine Vorrichtung aufgenommen wird, nach der alle Heiz- und Kochanlagen in ihrer Konstruktion, im Bauaufstieg und in der Arbeitsausführung und Wärmeleistung eine Wertarbeit darstellen müssen; die Bestimmungen über den Schornsteinbau sollen der bestmöglichen Wärmeleistung den geänderten Betriebsverhältnissen der Heiz- und Kochanlagen Rechnung tragen. In einer anderen Entschließung wird gefordert, daß in die reichsbedeutungsvollen Wohnungen Heiz- und Kochanlagen kommen, die nicht allein den Anschaffungspreis, sondern vor allem auch die zu erwartenden Betriebskosten für Mieter und Hausbesitzer berücksichtigen. Es wird darüber geklagt, daß in die reichsbedeutungsvollen Wohnungen dieselbe kleine eiserne Erde gesetzt werden, die unhygienisch, teilweise gesundheitsgefährlich und für den gewollten Zweck völlig ungeeignet sind. Solche Heiz- und Kochanlagen seien wohl billig in der Anschaffung, aber im Betrieb untauglich, ungenügend und infolge des großen Brennstoffaufwandes völlig unrentabel. — Wir können uns diesen hier aufgestellten Forderungen nur anschließen. Eine weitere Entschließung des Töpfermeister-Vorstandstages über Schwarzarbeit erscheint uns allerdings dunkel; denn sie sagt nicht, was man unter Schwarzarbeit, die in der Entschließung als „Diebstahl“ bezeichnet wird, versteht. Wir können es keinem Ofenheizer verdenken, wenn er monatlich, ja jahrelang arbeitslos ist, daß er dann auch gelegentlich mal sogenannte Schwarzarbeit verrichten darf. Die Töpfer- und Ofenheizer haben kein Problem, auf alle ins Fach schlagenden Arbeiten.

Leipzig, Seit dem 1. Juli stehen die Ofenheizer in der Stadt und in der Kreisshauptmannschaft Leipzig im Abwehr-

Wer unsern Bund kauft, kauft sich selbst!
Für die Woche vom 19. bis 25. Juli ist der 30. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

Streik. Dazu wurden sie gezwungen durch einen rigorosen Lohnabbauangriff der Unternehmer. Man mußte uns einen Abzug von weit über 30% vom bestehenden Tarif zu und wollte als Grundlage den Tarif von 1914 wieder einführen. Dies wurde von den Kollegen selbstverständlich abgelehnt, sie wurden gezwungen, andere Mittel und Wege zu beschreiten. Die Unternehmer ergriffen Gegenmaßnahmen, indem sie versuchten, auswärts und hierhin Kleinmeister mit ihren Lehrlingen zur Streikbrecherarbeit heranzuziehen. Trosthem wurde ihre Front bereits durchbrochen, indem einzelne von ihnen die alten Bedingungen für sich als bindend anerkannten und weiter arbeiten ließen. Wir er-suchen, größte Solidarität zu üben und den Zuzug nach Leipzig streng zu meiden.

Allgemeine Rundschau

Unternehmerhag gegen unsere Bauhilfen. Unsere Bauhilfen Osabrück befinden sich in Schwierigkeiten. Es etwas ist in diesen schweren Zeiten nicht besonders vernünftig, zumal es ja vielen privaten Bauunternehmungen nicht anders ergeht. Aber wie ein solcher Vorfall von den privaten Unternehmern ausgenutzt wird, zeigt uns ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Osabrück und Umgegend vom 4. Juli. In diesem Schreiben wird diversen Firmen mitgeteilt, daß die Bauhilfen, obwohl in Not, nach einem Vergleich dennoch den Betrieb fortführen könnten. Deshalb wird in dem Schreiben der Leserant gebeten, darauf Rücksicht zu nehmen, daß er Duldende leistungs- und zahlungsfähiger Privatunternehmer helfere, aber nur eine Bauhilfe. Hier wird also zwischen den Zellen mit einem Vorhoff gedroht. Ferner wird in dem Schreiben mit dem roten Lappen gewunken und erklärt, die Bauhilfenbewegung sei von sozialistischer eingestrichelten Kreisen bewußt mit der Absicht gegründet, das private Unternehmertum auszuschalten und an seine Stelle sozialistische Gemeinwirtschaftsbetriebe zu setzen. Wir halten dies für sehr lobenswert, aber der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Osabrück und Umgegend ist selbstverständlich anderer Meinung und beteuert, daß er bei dieser grundsätzlichen politischen Tendenz der Bauhilfen zungunäufig in (scharfer Oppositionstellung gegen die Bauhilfen stehe. Daraus wird gemüßigt, daß der Betrieb aus der Osabrücker Bauwirtschaft verschwindet. Von den Lieferanten des Osabrücker Baugewerbes wird „auf jeden Fall“ erwartet, nur solchen Maßnahmen zuzustimmen, die eine Fortführung der Bauhilfe ausschließen. Der Zeitpunkt sei nahe, wo ohne große Schwierigkeiten das „unheilvolle“ Gebilde der Bauhilfe ausgeschaltet werden könne. — Wir verstehen den Schmerz der privaten Bauunternehmer. Aber wenn irgend möglich wird durch ihre saubere Rednung ein Streik gemacht werden. Der Vorfal aber beweist, in welch hohem Grade unsere Bauhilfen den privaten Bauunternehmern verhasst sind. Arbeiter, merkt's euch!

Arbeitslosenunterstützung an Ehegatten. In unserer Notiz in der vorigen Nummer des „Grundstein“ ist ergründend mitaufgefallen, daß die Robforderung vom 5. Juni die Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung an Ehegatten infoloren geändert hat, daß sie das Wort „Ehegatte“ durch das Wort „Ehefrau“ ersetzt hat. Das bedeutet praktisch, daß der Verdienst der Ehefrau auf die Unterstützung des Ehe-mann es angerechnet wird, wenn die Ehefrau über 35 \mathcal{M} wöchentlich verdient; nicht mehr umgekehrt, wie es nach dem bisherigen Recht der Fall war. Erwerbslose Ehefrauen bekommen jetzt Arbeitslosenunterstützung erst nach Prüfung der Bedürftigkeit. Unser Beispiel, wonach bei einem Wochenlohn des Ehe-mannes

einer arbeitslosen Ehefrau von 40 \mathcal{M} die Unterstüfung der Ehefrau um den Differenzbetrag zwischen 35 und 40 \mathcal{M} , also um 5 \mathcal{M} , gekürzt wurde, trifft demnach leider nicht mehr zu, weil in solchem Falle die Bedürftigkeit verneint werden dürfte.

Der Sowjetkapitalismus vor einer neuen Schwenkung. Der Moskauer Berichterstatter der „Wost. Zeitung“ berichtet in Nr. 270 in aufschlußreicher Weise über die Entlohnung der Wirtschaft in Rußland. Der Artikel schreibt föhrt aus, daß in Rußland eine neue Kurztzung eintrug eingeschlagen wurde, um die unheilvoll drohende Inflation zu bekämpfen. Der bisher in der russischen Wirtschaft maßgebende Zehner wurde durch den Kaufmann abgelöst. „In der Schwelle einer unabsehbarer Inflation, an dem Punkte, wo die Kosten der Industrialisierung über die Kräfte zu gehen begannen, hat der Krenel die neuen Parolen ausgegeben. Er nimmt dabei um den Preis des wirtschaftlichen Aufstaus das politische Odium in Kauf, daß die kommunistischen Methoden der Wirtschaftsführung der Wirtschaft nicht standgehalten haben, daß man sich kapitalistische Methoden anwenden muß.“ Die Anwendung der kaufmännischen Wirtschaftsführung hat zu einer starken Preissteigerung aller Produkte geführt. „Man befindet sich jetzt in der gleichen Situation, wie man sie bei jeder kapitalistische Betrieb in Krisenzeiten: Daß man die Löhne der Arbeiter an, so muß man — um die Bilanz zu sichern — wiederum mit den Preisen in die Höhe gehen, um dann wieder die Löhne zu erhöhen und so fort.“ Der Artikel schließt folgendermaßen: „Für die Bevölkerung Rußlands sind die Folgen des neuen „Sozialkapitalismus“ noch unangenehmer als die des „Privatkapitalismus“ für die Bevölkerung anderer Staaten, denn die sozialisierten Betriebe können nicht durch rationeller oder mit geringerem Gewinn arbeitende Konkurrenten gewonnen werden, besser oder billiger zu arbeiten oder unterzugehen.“ Die Sowjetwirtschaft kann den verhängnisvollen Fickel von Bilanz — Preise — Löhne nur abschwächen, indem sie einen erheblichen Teil des Konsumbedarfs unbefriedigt läßt und den Lebensstandard der Bevölkerung weit-möglichst niedrig hält. Und das tut sie — immer in der Hoffnung, nach einer Periode der Leiden und der Not die errechneten günstigen Resultate des Wirtschaftsaufbaues und der Industrialisierung heranzuführen zu sehen, wenn nicht nach dem ersten, dann nach dem nächsten Fünfjahresplan.“

Die Handwerkerkranke stecken den Kopf in den Sand. Im schönen Allona an der Elbe war kürzlich der Nordwest-deutsche Handwerkerkongress veranfaßt. Man hatte die Sache groß aufgeblasen, wie sich das heutzutage gehört. Ein Professor sprach über „Wie sehe ich das Handwerk in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft?“ Es war Werner Gombart. Er stand den Dingen objektiv gegenüber und ging an dies Thema heran, wie der Chirurg an die Operation. Gombart unterwarf den großartigen Verlust, die Position des Handwerks in der heutigen kapitalistischen Umwelt möglichst objektiv festzustellen. Dabei kam er zu einer Diagnose, die die Berufsausübenden der Kleingewerbe keineswegs als sehr rosig bezeichnen. Der Großbetrieb sei dem Handwerk überlegen, nicht zuletzt in der Preisgestaltung. Angefichts dieser Tatsache sei es überhaupt verwunderlich, daß das Handwerk überhaupt noch da sei. — Das konnten sich die biederen Handwerkerkranke natürlich nicht gefallen lassen. Sie glauben im Zeitalter der Maschine und der Elektrizität, daß ausgerechnet das Handwerk be-trogen sei, die Wirtschaft zu retten. Da Gombart an ihrem Glauben rüttelte, machten sie zunächst ein bißchen Klamaus; ein Teil ging während des Vortrages aus dem Saal. Als aber Gombart feststellte, die kapitalistische Wirtschaft sei auf den Göttern Profit und Rentabilität aufgebaut, die sich wie eine Fische in unserem Wirtschaftslieben ausgebreitet haben, und daß in dieser Zeit überhaupt schlechtes Wetter für das Handwerk sei, folgerte sich die Inbrunne unter den Zuhörern zu empörten Zwischenrufen. Mit Rufen wie „Schluß mit dem Quack“ und „Anerkennst du was?“ wurde der Redner diebstimmig unterbrochen. Der Professor aber blieb höflich und meinte, er sei sich nicht bewußt, etwas Ungünstiges über das Handwerk gesagt zu haben. Das Handwerk habe heute die große Aufgabe, sich den veränderten Produktionsverhältnissen anzupassen. — Damit war Gombart am Schluß seines Vortrages angelangt, und der unvermeidliche Synklus gab nun namens des Präsidiums eine Erklärung ab. Man hätte erwartet, so betonte der Synklus, daß der Herr Redner auf die „Krebschäden der Wirtschaft“ auf die „kalte Sozialisierung“ des Staates und der Regierbetriebe, auf die angebliche steuerliche Benachteiligung der Warenhändler und Konsumvereine“ hingewiesen hätte. Die Handwerkermeister wollten nichts anderes hören, als einen Vortrag, der den Biederen Gelegenheit bot, den Kopf in den Sand zu stecken. Man möge das Rad der Geschichte zurückdrehen; vor allen Dingen, man möge den Staat, die Kommunalwirtschaft und die Regierbetriebe für eine Entwicklung verantwortlich machen, die, wie Professor Gombart ganz richtig zeigte, einzig und allein durch die kapitalistische Wirtschaftsform hervorgerufen wurde. Aber diese Erkenntnis wollten sie nicht hören; deshalb wurde der Professor niedergebrellt. Ehr! eure deutschen Meister!

Erhalte Behaglichkeit nachhaltige Entspannung durch eine gute GEG-Zigarette

GEG-NEPTUN STÜCK 4,-
GEG-PHANTIS STÜCK 4,-
GEG-MISIL STÜCK 4,-
GEG-GASTALDE STÜCK 4,-

aus Cuernm Konsumverein!

Internationales Arbeitsamt und Banarbeiterschutz. Einem an unseren Bundesverbänden gerichteten Schreiben des Internationalen Arbeitsamts ist zu entnehmen, daß das Arbeitsamt den Bericht seines Vertreters über den Berliner Banarbeiterschutzkongress mit Befriedigung entgegengenommen habe.

Zur Rechtschreibreform. Wir hatten schon früher mitgeteilt, daß der Bildungsverband der deutschen Buchdrucker in den Monaten Mai und Juni über die Reform der Rechtschreibung abstimmen lassen wollte. 26 878 Personen haben nacheinander in dieser Frage abgestimmt, darunter befanden sich 24 423 Buchdrucker. Eine Mehrheit von 14 463 Abstimmenden entschied sich für eine Reform der Rechtschreibung unter Beibehaltung der großen Buchstaben nur für Galsanfänge sowie für geographische und Eigennamen.

Zementfabrik bereits wieder rüstlosig. Obwohl der bisherige Verkauf des Zementwerks 1931 einen so unzulänglichen Umsatzertrag aufzuweisen hatte, daß eine gewisse Stilllegung noch erwartet werden konnte, hat der Juni-Abfah die Sollnungen entziffert: Von 477 000 Tonnen im Mai sank der Zementabfah im Juni auf 448 000 Tonnen gegenüber 523 000 Tonnen im Juni 1930.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder. Augsburg. Josef Schmid, Maurer, 62 Jahre alt. Bamberg. Franz Felner, Hilfsarbeiter, 66 Jahre alt. Bayreuth. Willi Scheuner, Tischler, 30 J. Dresden. Otto Gomdich, Hilfsarbeiter, 63 Jahre. Hermann Homemann, Hilfsarbeiter, 64 Jahre alt. Friedrich Karl Huhn, Hilfsarbeiter, 78 Jahre alt. Essen. Hubert Schmitz, Stuktureur, 39 Jahre alt. Freiberg i. Sa. Oswald Haubold, Maurer, 62 Jahre. Grimm i. Sa. Robert Schneiderheine, Maur., 65 J. Groß-Sendfeld. Albert Heymann, Bauhilfsarb., 29 J. Guben. Alfred Dubrow, Maurerlehrling, 16 Jahre. Gütrow. Robert Hartwig, Hilfsarbeiter, 69 Jahre. Hamm. (Luna.) Ernst Hilsmann, Maurer, 43 Jahre. Hannover. Heinrich Deltmer, Maurer, 64 Jahre. Hof. (Röhreberg.) Johann Koch, Feuerungsam., 42 Jahre. Leipzig. Wilhelm Gruber, Maurer, 58 Jahre alt. Julius Matzner, (Gohendobleschen.) Chr. Ebel, Maur., 89 J. Magdeburg. (Wahnschlag.) Bruno Hoffmann, Maur., 52 J. Neustadt (Saar). Jakob Veb, Hilfsarbeiter, 59 Jahre. Schneidmühl. (Weizenbau.) Alois Töpsch, Erdar., 33 J. Senftenberg. (Gallgatt.) Gottlob Zech, Maur., 65 J. Steinach. Oskar Hausdorfer, Puffer, 34 Jahre alt. Weimar. (Apolba.) Ludwig Göpfer, Maurer, 71 J. Ehre ihrem Andenken!

Baugewerkschaft Borna. Sonntag, den 30. August, nachmittags 2 Uhr, im Volkshaus Borna. Vertreterversammlung. Anträge hierzu müssen bis spätestens 23. August beim Vorstand abgegeben sein.

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung! Stärke 25x50 bis 60 mm breit. 100 90 80 75 70 60 50 cm. Sämtl. Werkzeuge, Bekleidung laut Katalog sofort lieferbar. Preis: Veri. geg. Nachn. von 10 RM. an portofrei. Jede zwölft Wasserwaage wird gratis geliefert. Extra Qualität 4, - 3,85 3,60 3,45 3,35 3,15 2,90 RM. Westermeyer & Co., Bielefeld, Zielexstr.

Großer Preisabfall! Billige böhmische Bettfedern! 1 Pfund graue, gute, geschlossene Bettfedern 70 Pf., bessere Qualität 90 Pf., halbweiße, flaumige 1,20 Mk., weiße, flaumige, geschlossene 1,50 Mk., 1,00 Mk., 2,00 Mk., feinste geschlossene Halbflaum-Herrschaftsfedern 3,- Mk., 4,- Mk., 5,- Mk., Ruffiedern 3,- Mk., weiß 2,20 Mk., allerfeinster Flaumruff 3,25 Mk., 4,25 Mk., Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an franko. Nichtpassendes wird umgetauscht oder Geld zurück. S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 33, Böhmen.

Schmale Teakholz Wasserrwagen. Das Beste! Garantie für Genauigkeit! M. HIESINGER - WERKZEUGFABRIK - NÜRNBERG

Original M. Mosberg. Die beste Kleidung u. Schuhmacherwerk. Die unverwundlichen echten Islander. Stets genau auf Firma und Schutzmarke achten. Preisabfall. Direkter Versand nur ab Bielefeld. Firma M. Mosberg, Bielefeld, Jüllenbecker Straße 55

Zur Gesichts-Bräunung. aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwendbar. Die reichhaltige und köhlende Creme Leodor - enthält in reiner Lösung vollständig in blauer Lösung, Größe 50 Pf., u. 1 RM. Wirkung unterstützt durch Leodor-Beleuchtung. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bau- und sonstigen gewerblichen Arbeiter

Sitz Hamburg, Wallstr. 11. (Zuidhofkaffe). Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands hat dem deutschen Volke in allen seinen Schichten schwere und tiefe Wunden geschlagen. Die vielen Vermittler, die der einzelne noch in der Hand hat, reichen nicht im entferntesten aus, unwerterter Ausgaben, wie bei Krankheit oder in Sterbefall, zu decken. Es werden in überfüllter Weise Schulden gemacht, um die ununterbrechlichen Kosten aufzubringen. Im letzten Falle zu helfen und die Not zu lindern ist Aufgabe der unter Reichsaufsicht stehenden obengenannten Kasse, die kein Erwerbsunternehmen, sondern ein gemeinnütziges Unternehmen ist mit sehr niedrigen Beiträgen. Die Kasse bietet im Krankheits- und Sterbefall bei nur einem Beitrag von:

- 1. Klasse: 80 J ein wöchentliches Krankengeld von 14,00 Mk. im Sterbefall eine Beihilfe von bis 128 Mk.
2. Klasse: 70 J ein wöchentliches Krankengeld von 12,50 Mk. im Sterbefall eine Unterbringung bis 112 Mk.
3. Klasse: 60 J ein wöchentliches Krankengeld von 10,50 Mk. im Sterbefall eine Unterbringung bis 96 Mk.

Es ist Pflicht jedes denkenden Arbeiters, im Interesse seiner Angehörigen eine solche Doppelversicherung einzugehen. Anmeldungen nehmen alle Baugewerkschaften, andere an 350 Orten bestehende Ortsvereinigungen und die Vereine, unter der Aufsicht, A. A. m. b. u. e. g., Wallstr. 11, entgegen. Der Vorstand, J. A. A. Baum

Bücher u. Schriften

Ein Jahrgang Völkerverband, Rundbuch, Preis brosch. 9 Mk., gebunden 11 Mk. Verlag Völkerverband, Wallstr. 11, Berlin SW 62. In dem reich illustrierten Werk befaßt sich zahlreiche Vorkämpfer, die der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas; der Präsident des Reichsausschusses, Paul Höber; der Vizepräsident des Internationalen Arbeitsamts, Carl Schlegel; der Generalsekretär, Dr. Grottel; und viele andere mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Zur Beurteilung des heutigen Völkerverbandes liefert dieses Buch gute Dienste.
Der tolle Markt! Von S. A. Andriewer. Verlag von Ernst Romolett, Berlin SW 50, Wallauer Str. 89. Preis kart. 4,80 Mk. - Der amerikanische Sourenist Andriewer hat während eines siebenmonatigen Aufenthaltes in Sowjetrußland eine Reihe wichtiger industrieller und sozialer Tatsachen festgestellt. Sein Buch hat mit Recht großes Aufsehen erregt, es ist erfreulich, daß der Verlag dieses Buch herausgegeben hat, da es besonders angelehnt der neuen Bewegung der Sowjetunion entgegensteht und wertvoll und schlußweisend ist. Der Verfasser besitzt die Fähigkeit, das Beobachtete zu erkennen und herzuheben und alles - wenn auch vom kapitalistischen Standpunkt - objektiv zu sehen. Eine ganze Anzahl aktueller Fragen der Sowjetunion werden in äußerst interessanter Weise behandelt. Der Verfasser zeigt die wirtschaftliche Reife der Sowjetunion, die dem kapitalistischen Weltmarkt gegenüber eine große Rolle der Ingenieure bei der Durchführung dieses Planes hervorhebt und die finanzielle Seite Sowjetrußlands als die eines Stützpunktes auf dem Weltmarkt darstellt. Er zeigt, worin der Sowjetrußland auch wirtschaftliche Vorteile zu erwarten hat.
Der Große Bedarf. Die Verlagsbuchhandlung Sedes & Co. in Freilburg im Breisgau bringt ein gelobtes Buch heraus. Der Verlag nennt es ein Buch für Arbeiter und Arbeiterinnen. Es ist ein Buch mit 180 000 Stichwörtern, 20 000 Bildern und einem Weltatlas enthalten. Das ganze Werk soll bei Veranschlagung 300 Mk. kosten. Bei Abnahme von 10 Exemplaren 200 Mk. Der erste Band liegt nun vor, er enthält 800 Seiten und 85 Karten. Die Ausstattung und die Bindung ist von der Höhe. Das Buch ist sehr gebunden, leicht zu lesen und mit gutem Papier, feinstem Bindwerk. Wenn die weiteren drei Bände in gleicher Weise ausgestattet sind, so kann gesagt werden, daß der Große Bedarf sich jedem anderen Wertwerk weit überlegen ist.
Nationalsozialismus und Kommunismus. Von Dr. Helmut Riek. Verlag der AP-Verlagsanstalt, Berlin SW 87, Siegenstr. 12. Preis 50 Pf. Der besondere Wert der vorliegenden Schrift ist der, daß die nationalsozialistische Bewegung über die Welt und die Welt nationalsozialistischer Kampfbegriffe zu Worte kommen; Tatsache wird an Tatsache gestellt.
Erwählungen der Reichsbürgerversammlung. Von S. A. Andriewer. Preis 25 Pf. - Die Schrift drängt auf wenigen Seiten die

Geschichte eines ungeheuren sozialen und wirtschaftlichen Prozesses aufzuzeigen, der auf Grund der Umgestaltung der Welt in der Welt der Wirtschaft und sozialistischen Bewegung. Von S. A. A. m. b. u. e. g., Wallstr. 11, Berlin SW 62. Preis 40 Pf. Schriftleiter: Carl Schlegel, A. A. m. b. u. e. g., Wallstr. 11, Berlin SW 62. Preis 40 Pf.

Die heiligen Götter. Von S. A. Andriewer. Wallstr. 11, Berlin SW 50, Wallauer Str. 89. Preis kart. 3,50 Mk., Gebunden 5,50 Mk. In diesem Buch befaßt sich S. A. Andriewer mit der Geschichte und dem Leben einiger heidnischen Götter und Göttinnen. Die heiligen Götter sind in der Welt der Wirtschaft und sozialistischen Bewegung. Von S. A. Andriewer. Wallstr. 11, Berlin SW 50, Wallauer Str. 89. Preis kart. 3,50 Mk., Gebunden 5,50 Mk.

Das letzte Wort. Hülft 1931. 120 Mk. Verlag F. Brockmann & Co., München, Schwanenburger Str. 128. - Im Hülft wird die Behauptung, daß die moderne Wohnungswirtschaft nicht, in vielen guten Beispielen treffend widerlegt.

Wettermanne Monatshefte. Die Monatssummer liegt nun vor. Auch die im Inhalt reichhaltig und mit vielen Bildern geschmückt. Diese Monatssummer ist das 90. Heft von Wettermanne Monatsheften. Erwähnt seien Beiträge von Paul Josef Greger, Dr. Zeuthen, Alfred Betz, Dr. Paulsen, Dr. Grottel und Dr. Friedrich Schell. Auch der Fülle der Illustrationen sei besonders erwähnt eine launige Skizze des Berliner Malers Hugo Franck zu 25 von ihm gemalten Quadraten über die letzten Monate des Jahres.

Die preisliche Wirtschaft in ihrer Bedeutung für Wirtschaft und Weltanschauung. Von S. A. Andriewer. Verlag von Ernst Romolett, Berlin SW 50, Wallauer Str. 89. Preis kart. 4,80 Mk. Gebunden 11 Mk.

Josef Witt, Weiden-Oberpf. Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken und eigenem Ausrüstungswerk. 2500 Arbeiter und Angestellte, 3142 Spindeln in eigener Spinnerei, 1600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien. 700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen! 900 000 Nachbestellungen auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt. Der natürliche Beweis der Güte und Billigkeit. Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen, der mich heute zu dieser Abgabe an die Verbraucher wie ungeduldig. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint. Bei Bestellung von Mk. 15.- erhalten Sie auf diese Preise noch 5 Prozent Rabatt. Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch 1 brauchbare Schlafdecke mit kleinen ungeschätzten Reparaturen. Breite 93 cm. Preis 1,20 Mk. 8 Weißes Hemdentuch, etwas leichte Gebrauchsware 70 cm. Preis 0,20 9 Weißes Hemdentuch, sehr gute, mittelgeschlossene Sorte, 80 cm. Preis 0,38 10 Vorkhangstoff, Garnen mit echt indanthrenfarbig, schönen Streifen, 70 cm. p. m. Preis 0,18 11 Handtücher, 40 cm. Preis 0,28 12 Baumwolltuch, ungebleicht, mittelweil, 78 cm. Preis 0,28 13 Baumwolltuch, gelblich, 78 cm. Preis 0,38 14 Hemdentuch, gute, halbare, reißfeste Hemdentuch, 70 cm. Preis 0,30 15 Hemdentuch, echt indanthrenfarbig, halbare, fast unzerstörlich, gute Qualität, fast unverwundlich im Gebrauch, 75 cm. p. m. Preis 0,40 16 Weißes Makotuch, feinbleich, sehr dicht, sehr gut geschlossenes, garantiert ägyptisch, für besonders feine Hemden und Wäschestücke, 80 cm. Preis 0,50 17 Stuhlleder, auch Hauch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierbare Bettdecken, 130 cm. Preis 1,15 18 Frotterhandtücher, groß, mit schönen, eingewebten Streifen, 100x100cm. p. Stück, Preis 0,70 19 Damentaschentücher, saum, einfaß, gute, sehr beliebte Qualität, 30x30cm. p. Stück, Preis 0,70 20 Wischtücher, gute, beliebte Sorte, sehr dicht, Preis 0,70

Neue Gänsefedern von der Gans gerupft mit Daunen, doppelt gereinigt, allerbeste Qualität. Preis 4,50, Daunen 6,25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3,50 u. 4,75, hochpr. 5,75, aller. 7,- für 10 Vollfedern. 9,- u. 10,- für 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100. Preisliste gratis. Preisliste gratis.

Maurerhosen! Zweifelh. a. a. - M., Dreifach 10. - M., Vierfach 12. - M., fünfmal 15. - M., sechs 18. - M., sieben 21. - M., acht 24. - M., neun 27. - M., zehn 30. - M. Hülft. Dresden 5, Kiltstr. 7.

Gummiwaren, Gymnastik- und Sportartikel, Medizinische Waren, etc. Preisliste gratis.

Besten Schläfen, Kissen, etc. Preisliste gratis.

Freizulassung, etc. Preisliste gratis.

Arterien-Verkalkte, etc. Preisliste gratis.

Herbaria, Kräuterparadies, etc. Preisliste gratis.

Knoblauchsaff, etc. Preisliste gratis.

Realiste Bezugsquelle! Neue Gänsefedern von der Gans gerupft mit Daunen, doppelt gereinigt, allerbeste Qualität. Preis 4,50, Daunen 6,25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3,50 u. 4,75, hochpr. 5,75, aller. 7,- für 10 Vollfedern. 9,- u. 10,- für 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100. Preisliste gratis. Preisliste gratis.

Besten Schläfen, Kissen, etc. Preisliste gratis.

Freizulassung, etc. Preisliste gratis.

Arterien-Verkalkte, etc. Preisliste gratis.

Herbaria, Kräuterparadies, etc. Preisliste gratis.

Knoblauchsaff, etc. Preisliste gratis.

Arbeiter und Angestellte, 3142 Spindeln in eigener Spinnerei, 1600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien. 700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen! 900 000 Nachbestellungen auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt. Der natürliche Beweis der Güte und Billigkeit. Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen, der mich heute zu dieser Abgabe an die Verbraucher wie ungeduldig. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint. Bei Bestellung von Mk. 15.- erhalten Sie auf diese Preise noch 5 Prozent Rabatt. Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch 1 brauchbare Schlafdecke mit kleinen ungeschätzten Reparaturen. Breite 93 cm. Preis 1,20 Mk. 8 Weißes Hemdentuch, etwas leichte Gebrauchsware 70 cm. Preis 0,20 9 Weißes Hemdentuch, sehr gute, mittelgeschlossene Sorte, 80 cm. Preis 0,38 10 Vorkhangstoff, Garnen mit echt indanthrenfarbig, schönen Streifen, 70 cm. p. m. Preis 0,18 11 Handtücher, 40 cm. Preis 0,28 12 Baumwolltuch, ungebleicht, mittelweil, 78 cm. Preis 0,28 13 Baumwolltuch, gelblich, 78 cm. Preis 0,38 14 Hemdentuch, gute, halbare, reißfeste Hemdentuch, 70 cm. Preis 0,30 15 Hemdentuch, echt indanthrenfarbig, halbare, fast unzerstörlich, gute Qualität, fast unverwundlich im Gebrauch, 75 cm. p. m. Preis 0,40 16 Weißes Makotuch, feinbleich, sehr dicht, sehr gut geschlossenes, garantiert ägyptisch, für besonders feine Hemden und Wäschestücke, 80 cm. Preis 0,50 17 Stuhlleder, auch Hauch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierbare Bettdecken, 130 cm. Preis 1,15 18 Frotterhandtücher, groß, mit schönen, eingewebten Streifen, 100x100cm. p. Stück, Preis 0,70 19 Damentaschentücher, saum, einfaß, gute, sehr beliebte Qualität, 30x30cm. p. Stück, Preis 0,70 20 Wischtücher, gute, beliebte Sorte, sehr dicht, Preis 0,70